

Programm der Jungen Alternative Berlin

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort | 2 |
| Präambel | 3 |
| I. Verteidigung der Demokratie | 4 |
| II. Souveränität und Selbstbestimmung | 6 |
| III. Finanz- und Währungspolitik..... | 9 |
| IV. Außen- und Verteidigungspolitik | 13 |
| V. Stärkung der Inneren Sicherheit | 15 |
| VI. Integrations- und Einwanderungspolitik..... | 22 |
| VIII. Verkehr und Infrastruktur | 28 |
| X. Bildung, Forschung und Kultur | 32 |
| XI. Gesundheitspolitik..... | 37 |
| XII. Umwelt- und Verbraucherschutz | 37 |
| XIII. Arbeit und Soziales..... | 39 |

Vorwort

In Sorge und in dem Wissen um unsere Verantwortung für unser Deutschland und die Demokratie gibt sich die Junge Alternative Berlin dieses politische Programm. Dieses Programm richtet sich an alle Deutschen. Wir vereinen die Jugend verschiedener Berufe sowie konfessioneller und weltanschaulicher Bekenntnisse. Wir fragen nicht, ob Deine Eltern Akademiker oder Arbeiter sind oder aus welchem Landstrich Du stammst.

Dieses Programm richtet sich an jeden, der den Mut aufbringt sich offen zu Deutschland zu bekennen und sein ganzes Wirken darin zu investieren, seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden sowie das Grundgesetz zu verteidigen.

Mit diesem politischen Programm wenden wir uns gegen eine alternativlose Politik, welche sich gegen die Zukunft unser Kinder und gegen unser eigenes Land wendet. Eine Politik der Sprach- und Denkverbote, der Stigmatisierungen und der Anfeindungen. Wir werden uns von niemandem aufhalten oder einschüchtern lassen und das freie Wort verteidigen. Unsere gemeinsame Kraft wächst, je mehr man uns bekämpft.

Wir fordern ein Ende der alternativlosen Politik in diesem Land. Wir stehen für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Für ein freies Europa der Vaterländer, losgelöst von Konzern-, Banken- oder Lobbyinteressen. Wir fordern eine neue Generation von Politikern, welche erste Diener des Staates sind und den Willen der Bevölkerung respektieren und befolgen. Wir fordern eine Politik von unten nach oben. Eine Politik der Vernunft - nicht der Ideologie.

Dieses Programm beinhaltet die Lösungen der Vernunft, mit denen wir die Politik in diesem Land erneuern wollen. Sie wurden in freier und demokratischer Entscheidung unserer Mitglieder getroffen.

Wir bedanken uns bei allen engagierten JA-Mitgliedern, welche bei der Erstellung dieses Programms geholfen haben. Verbreitet diese Kunde wie ein Lauffeuer im ganzen Land. Engagiert euch, werdet Mitglied, packt mit an und wir können die Zukunft unseres Landes verändern. Die Zeit ist reif für eine neue Alternative! Brechen wir die Macht der Altparteien!

Gemeinsam für Deutschland!

Präambel

Patriotismus

Wir lieben unser Land und unser Volk.

Identität

Wir stehen für die Erhaltung und Förderung deutscher Kultur und Tradition.

Vernunft

Wir stehen für Politik, die unserem Wesen gerecht wird und gegen die Ideologie vom „Neuen Menschen“

Transparenz

Wir stehen für die Nachvollziehbarkeit öffentlicher oder die Öffentlichkeit betreffender Handlungen.

Freiheit

Wir stehen für das freie Wort und freie Gedanken.

Verantwortung

Wir stehen für Pflichtbewusstsein und Verantwortlichkeit.

Bildung

Wir stehen für das Humboldt'sche Bildungsideal und gegen die Ideologisierung der Lehre.

Familie

Wir stehen zur Familie als kleinste Einheit unseres Volkes. Kinder sind unsere Zukunft.

Zukunft

Wir wollen unsere Zukunft als junge Deutsche gestalten.

Alternative

Wir sind die Alternative zur Konformität der Altparteien.

I. Verteidigung der Demokratie

1. Direkte Demokratie

Die Junge Alternative Berlin spricht sich für die direkte Demokratie aus. Deshalb wollen wir Volksabstimmungen und –initiativen nach Schweizer Vorbild auch auf Bundes- und EU-Ebene einführen. Über wichtige Fragestellungen müssen alle Bürger direkt abstimmen können. Dies gilt insbesondere für die Aufgabe wichtiger Hoheitsrechte.

2. Meinungsfreiheit

Wir halten die Meinungsfreiheit – innerhalb der Grenzen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung – und somit eine offene Diskussionskultur für eines der wichtigsten Güter der Gesellschaft. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen zunehmend verbreitete Tendenzen selbsternannter Gesinnungswächter, Andersdenkende einzuschüchtern oder gesellschaftlich auszugrenzen. Die Junge Alternative Berlin setzt sich dafür ein, dass auch Religionskritik der Meinungsfreiheit unterliegt. Wir treten dafür ein, dass auch Auffassungen, die abseits vom Meinungskorridor der etablierten Parteien liegen, angemessen in der Berichterstattung der Medien Platz finden. Die Freiheit der Medien darf nie eingeschränkt werden.

3. Reform der Parteiendemokratie

Parteien sollen an der politischen Willensbildung mitwirken, sie aber nicht beherrschen. Aufgrund jahrzehntelanger gefestigter Machtstrukturen innerhalb der politischen Parteien ist der einfache Bürger der Willkür dieser Machtstrukturen ausgesetzt. Kaum ein Bürger verfügt aber jedoch über die Zeit und Möglichkeiten, sich selbst parteipolitisch derart zu engagieren, dass er diese Strukturen ausreichend verändern kann. Neue Parteien haben häufig trotz vereinzelt guter Denkansätze keine Chance in die Parlamente gewählt zu werden. Transparente Willensbildungsprozesse sehen anders aus. Dem Grundsatz der Herrschaft des Volkes muss wieder Rechnung getragen werden. Hierzu fordert die Junge Alternative Berlin folgende Maßnahmen:

- 1) Die Beschränkung und Offenlegung der staatlichen Finanzierung von parteinahen Stiftungen und Organisationen. Die Stiftungen dürfen sich nicht im Ausland betätigen. Organisationen, die mit staatlichen Geldern voll- oder teilfinanziert werden, müssen sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.
- 2) Rechtliche Stärkung von Bürgerinitiativen (Klagebefugnis, Herabsetzen des Mindestquorums für Volksentscheide, Vverbindliche Teilhabe an öffentlich-rechtlichen Talkshows).
- 3) Reform des Berliner Wahlsystems nach Hamburger Vorbild (Personifizierte Listenwahl).
- 4) Die Senkung der parlamentarischen Sperrklausel (5% Hürde) auf 2%.
- 5) Offenlegung von sämtlichen Nebeneinkünften der Parlamentarier.

6) Fünfjähriges Beschäftigungsverbot für ausgeschiedene Parlamentarier in Aufsichtsräten eines DAX-Unternehmens.

7) Gesetzliche Verpflichtung der Parteien Mitgliederentscheide in ihrer Satzung zu verankern.

8) Einführung eines verbindlichen Registers für Lobbyisten im Bundestag.

4. Datenschutz und Grundrechtsschutz

Die Junge Alternative Berlin fordert ein Asylrecht für Personen, welche über Informationen verfügen, welche ~~dem für den~~ Schutz der Grundrechte und der nationalen Sicherheit der Bürger von Bedeutung sind. Darunter fallen insbesondere die sogenannten „Whistleblower“ (u.A. Edward Snowden). Es kann nicht sein, dass Persönlichkeiten mit derart wertvollen Informationen für die Bundesrepublik Deutschland in Staaten wie Russland oder China Schutz suchen müssen. Aufgrund der NSA-Affäre sind sämtliche Spionagezentren der US-Geheimdienste oder private US-Spionagekonzerne von deutschem Staatsgebiet zu verweisen. Vermehrte Industriespionage schadet der deutschen Wirtschaft und die Verhandlungsfähigkeit ~~der~~ Regierung auf internationalem Parkett wird ~~dadurch~~ gefährdet. Die Souveränität unseres Landes und die Grundrechte der Bürger dürfen nicht gegenüber etwaigen diplomatischen Spannungen zurückstehen.

5. Medienpolitik

Medienpolitik ist die geordnete Summe der Maßnahmen, die darauf hinzielen, den Massenmedien jenen Raum an Freiheit und Unabhängigkeit vom Staat, von anderen gesellschaftlichen Machtgebilden oder von privaten Monopolen zu sichern, dessen sie bedürfen, um ihre publizistischen Funktionen angemessen und ungehindert erfüllen zu können. Ziel ist es, Informations- und Meinungsvielfalt zu sichern und ein plurales Angebot der Massenmedien nach Programm und Inhalt zu gewährleisten. Die Junge Alternative Berlin fordert daher eine Reformierung und Verschlinkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Folgende Punkte erweisen sich daher als notwendig:

1) Unter dem Vorbehalt der Verfassungskonformität soll im Rahmen eines neuen Rundfunkreformstaatsvertrages eine pauschale Budgetierung der öffentlich-rechtlichen Programmbereiche eingeführt werden. Der Rundfunkbeitrag ist abzuschaffen.

2) Darüber hinaus sollten auf staatsvertraglicher Ebene oder in entsprechenden Selbstverpflichtungserklärungen der Rundfunkanstalten verbindliche Publizitätspflichten hinsichtlich einer regelmäßigen Offenlegung des Programm- und Onlineangebots, der Projektplanung, der einzuhaltenden Qualitätskriterien und des daraus abzuleitenden Finanzbedarfs eingeführt werden. Die Publizitätspflichten sollten auch eine zeitnahe und detaillierte Veröffentlichung der Jahresbilanzen, der Quartalsberichte, des Budgets (geordnet nach Programmsparten), der Sponsoring- und der Werbeverträge einschließen. 3) Um dem Gebot der Staatsferne zu entsprechen, sollte der Anteil der Regierungs- und Parlamentsvertreter in den Rundfunkräten und Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten deutlich zurückgedrängt

werden. Entsprechende Regelungen sollten in den Landesrundfunkgesetzen manifestiert werden.

4) Um eine offene Vergabe von Produktionsaufträgen durch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zu gewährleisten, bietet sich die Einführung eines Verhaltenskodexes an, wie ihn die britische BBC praktiziert. Die Einhaltung des Kodexes sollte durch ein unabhängiges Kontrollgremium überprüft werden.

5) Beim Personal-, Programm- und Kommunikationsaufwand gibt es zum Teil erhebliche Einsparpotenziale. Diese bestehen auch im Bereich der Onlineaktivitäten und der Digitalkanäle. Darüber hinaus könnten auch durch eine Fusion von kleineren Rundfunk- und Landesmedienanstalten Einsparungen vorgenommen werden. Insgesamt ließen sich schätzungsweise mindestens 600 bis 650 Mio. Euro pro Jahr einsparen.

6) Die öffentlich-rechtlichen Sender sollen gesetzlich dazu verpflichtet werden, keinerlei Unterhaltungssendungen (Quizsendungen, Serien, Fernsehshows, ect.) mehr zu produzieren und zu senden. Die öffentlich rechtlichen Sender sollen sich ausschließlich auf einen Informations- und Bildungsauftrag konzentrieren.

II. Souveränität und Selbstbestimmung

1. Europa der Vaterländer

Die Junge Alternative Berlin spricht sich für ein Europa der Vaterländer aus, wie es bereits Charles de Gaulle vorschwebte. Das bedeutet, dass die europäischen Staaten alle ihre Souveränität, Unabhängigkeit und kulturelle Identität behalten und gleichzeitig eine enge zwischenstaatliche Kooperation stattfindet. Einen supranationalen Einigungsprozess der EU, welcher am Ende in einem zentralistischen Großstaat mündet, lehnt die Junge Alternative Berlin ab. Die Junge Alternative erkennt die Verdienste der europäischen Integration an (z.B. der gemeinsame Binnenmarkt und die vier Grundfreiheiten) und möchte diese auch erhalten wissen. Wir setzen uns für eine radikale Reform der Europäischen Union ein und fordern stattdessen eine Wirtschaftsgemeinschaft nach Vorbild der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG). Wir verstehen uns als kritisches Organ, das die undemokratischen Strukturen der Europäischen Union ablehnt und die nationalen Verfassungen und Volksvertretungen sowie die Souveränität der Bürger Europas verteidigt.

Eine europäische Verfassung, welche nicht gem. Art. 146 GG vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist, lehnt die Junge Alternative Berlin ab. Grundlage hierfür ist das Lissabon-Urteil des BVerfG vom 30. Juni 2009. Danach bleibt die Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten grundsätzlich unverzichtbar; die primäre Integrationsverantwortung weist es den nationalen Verfassungsorganen zu, deren institutionelle Existenz und Gestaltungsräume nicht einzuschränken.

Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung darf durch den fortschreitenden Einigungsprozess nicht angetastet werden, da das Demokratiedefizit des Staatenverbundes aus momentaner Betrachtung nicht aufzulösen ist.

Das Prinzip der Einzelermächtigung und der Subsidiarität sind somit stets zu wahren. Es muss den Mitgliedstaaten weiterhin möglich sein, übertragene Hoheitsrechte jederzeit wieder zurückzufordern.

Sollte die EU in den kommenden Jahrzehnten nicht durch die notwendigen demokratischen Entscheidungen reformiert werden können und die Entscheidungsfreiheit der Volksvertretungen der Mitgliedsstaaten weiterhin bedroht werden, so darf spätestens bei einem möglichen Austritt Großbritanniens und Frankreichs, auch ein Austritt Deutschlands aus der EU kein Tabuthema mehr sein.

2. Grundsatz der Subsidiarität

Die EU hat sich im Laufe der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt und die sachgerechter von den einzelnen Staaten entschieden werden könnten. Deshalb fordert die Junge Alternative Berlin eine Abkehr von dieser Politik des Zentralismus hin zu einer Aufgabenerledigung möglichst nah am Bürger. Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder zur Geltung kommen. Der entsprechende Abschnitt im Lissabon-Vertrag über die „Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ muss endlich Anwendung finden und darf nicht weiter im Zuge von Rettungsmaßnahmen für den Euro verletzt werden. Die Junge Alternative Berlin setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen. Zudem muss die deutsche Sprache als Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU in allen europäischen Institutionen als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache praktiziert werden.

Darüber hinaus fordert die Junge Alternative Berlin ein wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe. Durch das Veto eines nationalen Parlaments würde die beabsichtigte Maßnahme in dem betreffenden Land nicht umgesetzt werden dürfen. Die Unterstützung von Vorhaben, die ethisch oder moralisch kontroverse Inhalte haben (z.B. Förderung von Abtreibung zur Bevölkerungskontrolle, Legalisierung von Sterbehilfe, Forschung an embryonalen Stammzellen), gehören nicht in den Verantwortungsbereich der EU. Da die Mitgliedsstaaten unterschiedliche Wertevorstellungen haben, verlangt das Subsidiaritätsprinzip, dass Entscheidungen in diesen Fragen allein durch die nationalen Parlamente getroffen werden.

Um das Gleichgewicht zwischen den ausufernden Bestrebungen zu Zentralismus einerseits und der dringend notwendigen Rückbesinnung zur Subsidiarität andererseits wiederherzustellen, fordert die Junge Alternative Berlin die Errichtung eines Subsidiaritäts-Gerichtshofes. Vor diesem sollen Bürger und Institutionen gegen mögliche Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips klagen können. Die Richter dieses Subsidiaritäts-Gerichtshofes sollen ausschließlich aus Richtern der oberen Gerichte der Mitgliedsstaaten bestehen und von deren nationalen Parlamenten ausgewählt

werden. Der Subsidiaritäts-Gerichtshof ist ein Gegengewicht des zu Integration und Zentralismus neigenden Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und muss von ihm unabhängig sein. Der EuGH selbst hat sich in zahlreichen Entscheidungen weniger für die Verankerung von Verantwortung nah an den Bürgerinnen und Bürgern als für die „Verwirklichung einer immer engeren Union“ ausgesprochen. Dadurch wirkt der EuGH an der Aushöhlung der Kompetenzen der Mitgliedsstaaten zugunsten der EU Kommission aktiv mit. Diese Rechtsgrundlage des EuGH muss grundlegend verändert werden.

Darüber hinaus fordert die Junge Alternative Berlin, dass die Auswahl für die Besetzung der obersten Richter, sei es beim Bundesverfassungsgericht, sei es beim EuGH, auf Basis wissenschaftlicher Leistung und nicht nach politischen Kriterien zu erfolgen hat.

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips lehnt die Junge Alternative Berlin die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft ab. Diese würde zu einer weiteren Aushöhlung des Rechtsstandards in Deutschland führen.

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für eine Stärkung des Europäischen Rechnungshofs ein. Sie fordert, die bei der Kontrolle der Haushaltsführung der EU festgestellten Mängel sofort abzustellen und gleichzeitig die nötigen Konsequenzen für die verantwortlichen Personen zu ziehen.

3. Keine EU Erweiterung

Die Erweiterung der Europäischen Union hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Seit 2004 wurden allein 13 neue Mitgliedstaaten aufgenommen. Dabei wurden die wirtschaftlichen, kulturellen und rechtstaatlichen Unterschiede nicht hinreichend berücksichtigt. Die Probleme der EU-Migration (Armutszuwanderung, Grenzkriminalität und Fachkräfteabwanderung) wurden ebenfalls nicht ausreichend berücksichtigt. Die enorme Geschwindigkeit des Erweiterungsprozesses hat die EU an ihre Leistungsgrenzen gebracht. Die heutige EU verfügt allein schon aufgrund ihrer Größe über demokratische Defizite und intransparente Entscheidungsprozesse.

Europa ist ein Kontinent mit verschiedenen Geschwindigkeiten und zeichnet sich durch die marktwirtschaftliche Konkurrenz und Individualität der Staaten untereinander aus. Die EU ist als supranationales Staatengebilde ein Projekt, welches bisher noch nicht ausreichender kritischer Prüfung standgehalten hat. Deshalb ist vorerst von jeglicher Erweiterung der EU abzusehen. Eine Aufnahme insbesondere der Ukraine oder der Türkei in die EU lehnt die Junge Alternative Berlin daher ab.

Eine weitere etwaige Aufnahme von Ländern in der Zukunft soll zusätzlich durch einen Volksentscheid legitimiert werden.

4. Weniger Bürokratie und Kosten

Überall in Europa bringen Beschäftigte, Rentner, Sparer, Beamte und Arbeitslose Opfer zur Gesundung der durch verantwortungslose Politiker schwer beschädigten Staatsfinanzen. Die Belastungen beschränken sich keineswegs auf die durch die Auflagen der Troika betroffenen Länder im Süden der Eurozone. Gleichzeitig aber gehen diese Einschnitte an vielen Institutionen der EU spurlos vorbei. Vielmehr wird an alten, unberechtigten Privilegien festgehalten und vielerorts werden neue, teure und unnötige Strukturen aufgebaut (z.B. ESM, Bankenunion, EFSF usw.). Die Junge Alternative Berlin setzt sich deshalb für eine massive Reduzierung der Aufgaben und Ausgaben der EU ein.

Die Junge Alternative Berlin fordert:

- Die Beendigung des kostspieligen, zeitaufwändigen doppelten Parlamentssitzes in Brüssel und in Straßburg.
- Die Anzahl der EU-Kommissare auf die Bereiche der Kernkompetenzen zu reduzieren. Die Praxis, für jedes Land der EU ein Kommissariat einzurichten, ist zu beenden.
- Die Halbierung der Anzahl der EU-Beamten von derzeit 50.000 innerhalb von sieben Jahren. Parallel ist eine drastische Effizienzsteigerung der Verwaltung voranzutreiben.
- Die Reduzierung der steuerlichen Vergünstigungen für EU-Beamte, EP-Abgeordnete, Richter und andere EU-Amtsträger. Mitarbeiter der EU sind, unabhängig von ihrem Status, zu besteuern wie jeder andere Bürger auch.
- Eine deutliche Senkung der Ausgaben des EU-Haushalts. Das System der bedarfsunabhängigen Budgetsteigerung der EU lehnt die Junge Alternative Berlin ab.
- Maßnahmen zur Eindämmung des überbordenden Lobbyismus in der EU, der allzu oft zu unnötigen Gesetzen und zu neuen Ausgaben und Subventionen führt.
- Verzicht auf die überflüssigen Zeitzumstellungen und Beibehaltung der Normalzeit (Winterzeit).

III. Finanz- und Währungspolitik

1. Gerechte Steuerpolitik

1) Abschaffung der kalten Progression und des Solis

Die Junge Alternative Berlin spricht sich für eine Steuerentlastung und Steuervereinfachung für die Gering-, Klein- u. Mittelverdiener durch einen Stufentarif bei der Einkommensteuer nebst Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der kalten Progression aus. Die Junge Alternative Berlin setzt sich für folgende Stufen ein:

0 € - 12.500 € 0 %

12.501 € - 25.000 € 20 %

25.001 € - 37.500 € 30 %

37.501 € - 50.000 € 40 %

50.001 € - 250.000 € 45 %

ab 250.001 € 47,5 %

Die Entlastung wäre bei den Klein- und Geringverdienern am größten, bei den Einkommensmillionären ergibt sich keine nennenswerte Veränderung gegenüber heute.

2) Einführung einer Steuer- und Abgabenbremse

Die Junge Alternative Berlin fordert die Einführung einer verbindlichen Steuer und Abgabenbremse (analog zur Schuldenbremse): Gesamtsteuer- und -abgaben Belastung der Bürger auf einen festen Prozentsatz (max. 40 %) zum Bruttoinlandsprodukt festschreiben.

Ferner fordern wir die Beendigung der Klientelpolitik und Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen durch ein verbindliches Subventionsabbaugesetz, mit der einen gleichmäßigen Kürzung aller Subventionen u. Vergünstigungen über mehrere Jahre erfolgt.

3) Steuergeldverschwendung bestrafen

Die Junge Alternative Berlin fordert die Einführung eines Straftatbestandes bei der Verschwendung von Steuergeldern von Seiten eines Amtsträgers oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter. Als Reformvorschlag wird auf das Gutachten von Prof. Bernd Schünemann im Auftrag des Bundes der deutschen Steuerzahler verwiesen. Die Junge Alternative Berlin fordert auf Grundlage dieses Gutachtens, die Schaffung eines Straftatbestandes § 349 StGB der Haushaltsuntreue, die Schaffung einer Ordnungswidrigkeit (§ 59 HGrG) der unterlassenen Ausschreibung sowie die Einführung einer Mitteilungspflicht (§ 59a HGrG).

2. Währungspolitik

1) Schluss mit der Euroschuldenpolitik

Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft. Längst hat sich herausgestellt, dass der Einheits-Euro Europas Grundlagen zerstört. Er bewirkt Streit und das Wiederaufleben nationaler Vorurteile. Der Wohlstand und der Friede unter den Mitgliedsstaaten in der Eurozone sind gefährdet. Durch ihn sind grundlegende Prinzipien wie Subsidiarität, Haftungsausschluss für andere Eurostaaten, Wettbewerb zwischen den Nationen, Unabhängigkeit der EZB und die Rechtsstaatlichkeit verletzt worden.

Der blinde Glaube an den Euro und seine angebliche Alternativlosigkeit machen es unmöglich, die Ursachen der Krise zu korrigieren. Die sogenannte Eurorettungspolitik

ist ein Fass ohne Boden. Schon die bisherigen Krisen haben gezeigt, dass ein abruptes und chaotisches Ende des Euro nicht ausgeschlossen werden kann – ausgelöst durch Erschütterungen auf den Finanzmärkten oder durch eine politische Krise in einem Mitgliedsland.

Auch deshalb plädiert die Junge Alternative Berlin für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheits-Euro. Bisher wurden die unterschiedlichen ökonomischen Kulturen in den Mitgliedsländern den Bedürfnissen einer Einheitswährung untergeordnet.

Die Junge Alternative Berlin fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuschneiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen. Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden. Dabei kann man sich an dem vor 1998 bestehenden Europäischen Währungssystem (EWS) orientieren. Damals gab es feste, in Ausnahmefällen aber anpassungsfähige Wechselkurse, mit denen Währungsstabilität und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Länder gesichert wurde. Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben. Analog zum Vorgehen bei der Einführung des Euro können beim Austritt übergangsweise Parallelwährungen getrennt für den baren und den unbaren Zahlungsverkehr eingeführt werden.

Die Junge Alternative Berlin fordert:

- Ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM ist aufzulösen und die Ausnahmeregelung im Lissabon Vertrag (Art. 136 Abs. 3 AEUV) ist aufzuheben.
- Nachdem das Bundesverfassungsgericht die EZB-Ankündigung eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen (OMT-Programm) als verfassungswidrig eingeschätzt hat und der EZB vom Bundesverfassungsgericht damit bescheinigt wurde, gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung, ist das Programm sofort zu beenden. Der EZB ist der Kauf von Staatsanleihen generell zu untersagen.
- Das Stimmgewicht in der EZB muss dem Kapitalschlüssel (Deutschland: 27 %) entsprechen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75% getroffen werden können.
- Der Missbrauch des Euro-Zahlungsverkehrssystems „Target 2“ als billiger Kreditsatz für Krisenländer ist zu beenden. Das bereits entstandene, milliarden schwere Ausfallrisiko zu Lasten der Geber-Länder ist schrittweise zurückzuführen. Der Ausgleich neu entstehender Target-Salden ist ab sofort jährlich vorzunehmen.

2) Keine Bankenunion

Grundsätzlich sollte jedes Land für die Stabilität seines Bankensystems selbst verantwortlich sein. Deshalb lehnt die Junge Alternative Berlin eine europäische Bankenunion ab und fordert stattdessen die Renationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors. Mit der geplanten europäischen Einlagensicherung würden im Krisenfall nicht nur die deutschen Einlagen im ESM, sondern auch noch die Schulden ausländischer Banken unseren Sparern und Steuerzahlern aufgebürdet. Auch die 7 Banken, die ihre Marktmacht missbrauchen, müssen scharf bestraft werden. Banken haben eine Eigenkapitalquote von mindestens 25% sicherzustellen. Banken müssen für Staatsanleihen Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten. Bonuszahlungen für Banker sind auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Bankenaufsicht sollte in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegen. Banken sollten nicht länger auf Grund ihrer angeblichen Systemrelevanz zur Erpressung von Regierungen und Steuerzahlern verwenden können.

Die Junge Alternative Berlin fordert:

- Die Aufspaltung von Großbanken in kleinere Einheiten nach schwedischem Vorbild. Banken, die ihr Eigenkapital riskiert und verloren haben, müssen abgewickelt werden.
- Banken, die ihre Marktmacht missbrauchen (wie z. B. bei den jüngsten LIBOR-Manipulationen), müssen scharf bestraft werden. Ihnen ist entweder die Banklizenz zu entziehen oder sie sind in kleinere Institute aufzuspalten. • Banken, Hedgefonds und „Schattenbanken“ haben künftig eine verpflichtende Eigenkapitalquote von mindestens 25% sicherzustellen. Dies stärkt die Verantwortlichkeit der Eigentümer und setzt entsprechende Anreize für das Management. Bei steigender Risikoklasse ist die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Risikomanagement-Modelle und neue Finanzprodukte sind den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vorzulegen. Verstöße des Bankmanagements gegen diese Regeln müssen zivil- und strafrechtliche Konsequenzen haben.
- Banken müssen auch für Staatsanleihen entsprechend dem realen Risiko Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten. Es ist untragbar, dass Griechenland- Anleihen mit einem geringeren Risiko bewertet werden als Kredite für den deutschen Mittelstand.
- Bonuszahlungen für Banker sind auf ein Sperrkonto einzuzahlen, das erst nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren freigegeben wird. Falls Entscheidungen des Managements sich als verlustträchtig erweisen, können die Bonuszahlungen zurückgerufen werden. Bankvorständen, die Verantwortung für persönliches Fehlverhalten oder für den Zusammenbruch einer Bank tragen, ist keine Abfindung zu gewähren.
- Systemrelevante Banken müssen im Fall einer drohenden Insolvenz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital rekapitalisiert werden. Die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände sind davon unter allen Umständen auszunehmen. Dagegen sind Fremdkapitalgeber, die für das eingegangene Kreditrisiko höhere Zinsen erhalten haben, nicht zu schützen.

3) Deutsche Goldreserven zurückführen

Im Falle einer Beendigung oder Verkleinerung der Währungsunion muss gesichert sein, dass die Goldbestände der Bundesbank nicht als Pfand zurückgehalten werden können. Sie sind deshalb zügig und vollständig nach Frankfurt zurückzuführen.

4) Alternativen zum Zinsgeldsystem

Die jüngsten wirtschaftlichen Verwerfungen (Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und Währungskrise) erweisen sich derzeit erst als die Spitze des Eisberges. Die Junge Alternative Berlin fordert die Öffnung des öffentlichen Diskurses im wissenschaftlichen und politischen Bereich mit der Befassung der Frage, ob das allgemein gebräuchliche Modell des Zinsgeldsystems nicht reformiert oder verändert werden muss, um grundlegende Fehler im globalen Geldsystem zukünftig beheben zu können.

IV. Außen- und Verteidigungspolitik

1. Außenpolitische Leitlinien

1) Aussetzung des Schengen-Abkommens

Wir fordern die sofortige Aussetzung des Schengen-Abkommens. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind nicht in der Lage unsere Außengrenzen wirksam zu schützen. Die Bundespolizei ist mit der veränderten Sicherheitslage überfordert und personell, sowie strukturell völlig unzureichend aufgestellt. Deutschland muss in Eigenverantwortung die Kontrolle über seine Grenzen zurückerlangen. Die vom Bundesland Bayern, im Zuge des G7 Gipfels 2015 wieder eingeführten, zeitlich begrenzten Grenzkontrollen waren außerordentlich erfolgreich und zeigten, wie notwendig Grenzkontrollen sind.

2) Verhältnis zu den USA und Russland

Die Junge Alternative Berlin spricht sich gegen die einseitige Fixierung Deutschlands als Teil der „Westbindung“ auf die USA aus. Der von der EU unterstützte Konfrontationskurs gegen Russland ist abzulehnen und widerspricht einer ausgleichenden Außenpolitik, die sich nach den Interessen Deutschlands zu richten hat. Wir lehnen es entschieden ab, Deutschland zum Spielball im Machtkampf fremder Staaten zu machen. Die Bewertung des Verhältnisses zu den USA und Russland muss immer aus der Perspektive einer deutschen Interessens- und Realpolitik heraus getroffen werden.

2. Bundeswehr

1) Bundeswehrreform

Die Junge Alternative Berlin fordert eine umfassende und zielgerichtete Reform und Umstrukturierung unserer Streitkräfte. Die völlige Fehlentwicklung der Bundeswehr nach der Wiedervereinigung lehnen wir ab. Die von der Politik gefunden und geforderten neuen Aufgabenfelder und Einsatzbereiche für Heer, Marine und Luftwaffe sind nicht miteinander in Einklang zu bringen, da gleichzeitig personell und materiell massiv abgerüstet wird. Die Folge sind überlastete Soldaten, veraltetes Material und unzureichende Ausrüstung, die den Anforderungen der Aufgaben der Streitkräfte nicht gerecht wird. Wir fordern, die Bundeswehr ihren Aufgaben gerecht auszurüsten, im Einzelnen eine Erhöhung der Mannstärke, eine Aufstockung des Verteidigungshaushaltes (die von allen NATO Mitgliedern geforderten 2% des Bruttoinlandsproduktes werden bereits seit Jahren mit 1,3 % unterlaufen) und eine verantwortungsvolle und sinnvolle Rüstungspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Streitkräfte und deren Aufgabenbereichen orientiert. Nicht die verfügbaren Mittel haben die Aufgaben zu bestimmen, sondern die Aufgaben die verfügbaren Mittel.

2) Wehrpflicht

Wir fordern die Wiedereinführung der Wehrpflicht nach dem Modell des zwölfmonatigen Wehrdienstes. Der Dienst für die Gesellschaft, auch in Form des Dienstes an der Waffe, ist unverzichtbar für eine identitätsstiftende Gemeinschaft, die junge Menschen auch charakterlich vom Elternhaus emanzipieren soll. Die Bundeswehr muss dazu strukturelle Voraussetzung schaffen, um im Zuge der Wehrgerechtigkeit, alle geeigneten potentiellen Männer einziehen zu können. Der mit der Wehrpflicht einhergehende, alternative Zivildienst soll ebenfalls wieder eingeführt werden und zum Pflichtdienst für alle Frauen werden. Männer sollen grundsätzlich Wehrdienst leisten und nur unter Angabe besonderer Gründe auf diesen verzichten dürfen, um alternativ Zivildienst zu leisten. Frauen sollen grundsätzlich 12 Monate Zivildienst leisten oder alternativ bei den Streitkräften dienen können. Bei den Auswahlkriterien für die Eignung des Dienstes in der Bundeswehr sind für beide Geschlechter dieselben physischen Anforderungen zu erfüllen. Zudem sollen nach den Geschlechtern getrennte Truppenzüge gebildet werden.

3) Nein zur Europaarmee

Die Junge Alternative Berlin lehnt die Transformation der Bundeswehr in eine Europaarmee entschieden ab. Wir befürworten bi- oder multilaterale Kooperationen zwischen Nationen, um das Prinzip des „Pooling & Sharing“ zu fördern. Dennoch lehnen wir eine Kompetenzverschiebung auf supranationaler Ebene ab. Durch eine Schaffung einer Europaarmee wird die demokratische Kontrollinstanz, der Bundestag, weitestgehend ausgeschaltet. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GVSP) sieht vor, dass das Europäische Parlament lediglich „angehört“ und „unterrichtet“ wird (Artikel 36 Vertrag von Lissabon). Ebenso wenig entscheidet der Europäische Gerichtshof (Artikel 275 AEUV). Eine Verlagerung der Verteidigungskompetenz auf supranationaler Ebene würde das Königsrecht des Parlaments aushöhlen. Eine Schaffung paralleler Strukturen gegenüber der NATO ist ineffizient und würde die Militärausgaben unnötig erhöhen. Ferner haben aktuelle Konflikte gezeigt (Beispiel: Libyen), dass die EU-Mitgliedsländer verschiedene außenpolitische Interessen verfolgen und nur selten eine gemeinsame Außenpolitik haben.

4) Förderung eines positiven Soldatenbildes

Wir fordern das gesellschaftliche Bild des Soldaten als Bürger in Uniform aktiv zu fördern und zu stärken. Die Unterstützung unserer Soldaten durch Politik und Gesellschaft ist existentiell für ein gesundes Selbstverständnis des Soldatenstandes und der Attraktivität des Berufes. Wir fordern unter anderem, Soldaten mit vergünstigten Eintrittspreisen, wie für Schüler und Studenten zu unterstützen. Das Abhalten von öffentlichen Militärparaden nach dem Vorbild Großbritanniens und Frankreichs, sowie die Einführung einer Paradeuniform, sollen die Akzeptanz der Streitkräfte in der Bevölkerung erhöhen. Die Präsenz im öffentlichen Raum ist ein entscheidendes Kriterium für die Attraktivität des Soldatenberufes. Die massiven Nachwuchsprobleme sollen so aktiv angegangen werden.

3. Spionageabwehr

1) Informelle Selbstbestimmung

Wir setzen uns für die konsequente Durchsetzung des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung ein. Die Überwachung privater Kommunikation durch in- und ausländische Geheimdienste und andere staatliche Stellen ohne konkreten Verdacht lehnen wir entschieden ab.

Gleichwohl erkennen wir an, dass Spionage ein grundsätzliches politisches Mittel ist und allein auf Vertrauensbasis nicht zu stoppen ist. Aus diesem Grund fordern wir die Ausweitung und den Ausbau der deutschen Spionageabwehr, auch gegen befreundete Staaten.

2) Parteinaher Stiftungen

Wir fordern, das Wirken parteinaher Stiftungen gesetzlich auf das Inland zu beschränken. Parteinaher Stiftungen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) oder die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) wirken bislang aus geopolitischen Gründen unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechten an der Unterminierung souveräner Regierungen mit und sorgen auf diese Weise für die Verschärfung bereits bestehender Konflikte mit dem Ziel eines Umsturzes im jeweiligen Land.

Ebenso ist das Wirken ausländischer Stiftungen und Organisationen in Deutschland zu beenden, die erwiesenermaßen politischen und gesellschaftlichen Einfluss ausüben. Die Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung solcher Organisation ist einzustellen.

V. Stärkung der Inneren Sicherheit

1. Polizei

1) Dunkelfeldstudie

Der Berliner Senat wird aufgefordert eine Dunkelfeldstudie für Berlin in Auftrag zu geben und zu veröffentlichen. Das ermöglicht einen objektiven Überblick über die tatsächliche Kriminalität in Berlin um notwendige Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

2) Videoüberwachung Die Junge Alternative Berlin setzt sich für eine Videoüberwachung an sog. "gefährlichen Orten" ein (z.B. Görlitzer Park, Hasenheide, Alexanderplatz usw.). Die Aufklärungsrate der Videoüberwachung ist sehr hoch und sie erfüllt einen enormen generalpräventiven Effekt. Eine flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums lehnt die Junge Alternative Berlin ab. Die Videoüberwachung kann eine Polizeipräsenz zs nicht ersetzen sondern dient lediglich als deren Ergänzung.

3) Vorratsdatenspeicherung Die Junge Alternative setzt sich für die Vorratsdatenspeicherung ein. Eine EU-Richtlinie verpflichtet Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch das Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden, Verbindungsdaten, nicht aber Inhalte, für eine begrenzte Zeit zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 (Urteil vom 02. März 2010 - 1 BvR 256/08) festgestellt, dass dies im Einklang mit dem Grundgesetz möglich ist. Wie eine verfassungsmäßige Ausgestaltung aussehen muss, hat das Bundesverfassungsgericht auch vorgegeben. Die Telekommunikationsunternehmen müssen Verbindungsdaten speichern, wie dies zu Zeiten des Einzelverbindungs nachweises alltäglich war. Nur in gesetzlich klar begrenzten Fällen, nämlich bei schweren Straftaten oder zur Abwehr besonders schwerer Gefahren, kann der Staat darauf zugreifen. Es geht anders als in Polizeistaaten gerade nicht um Totalüberwachung rund um die Uhr. Der Staat hat die Daten nicht. Es gibt aber Straftaten, bei denen die Verbindungsdaten im Internet den einzigen Ermittlungsansatz bieten. Wer Vorratsdatenspeicherung kategorisch ablehnt, muss sich darüber im Klaren-klar sein, dass er damit auch akzeptiert, dass schwerste und andauernde Straftaten nicht aufgeklärt werden. Die Belastung der Grundrechte des Einzelnen, wenn Verbindungsdaten bei den Telekommunikationsanbietern gespeichert bleiben ist nicht derart gravierend, dass das legitime Aufklärungsinteresse an Straftaten des Staates in diesem Fall überwiegt. Eine Verhinderung der missbräuchlichen Inanspruchnahme der Daten kann ähnlich wie bei Wohnungsdurchsuchungen, durch einen Richtervorbehalt erreicht werden.

4) Freiwilliger Polizeidienst

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für die Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Berlin ein. Die Berliner Polizei leidet unter Personalmangel und es fällt ihr daher zunehmend schwer, Polizeipräsenz im Stadtbild zu zeigen. Insbesondere bei Einbruchsdiebstählen erweist sich die Berliner Polizei als überfordert. Die Berliner Haushaltslage lässt neue Planstellen für Berufsbeamte kaum zu. Ein freiwilliger Polizeidienst existiert in Deutschland in den deutschen Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Sachsen.

Angehörige des freiwilligen Polizeidienstes haben neben der Befugnis der so genannten Jedermann-Festnahme nach einer Straftat das Recht, Personen anzuhalten, sie zu befragen und ihre Personalien festzustellen, sollte dies zur Gefahrabwehr notwendig sein (Identitätsfeststellung). Zusätzlich können sie Platzverweise erteilen. Ihre Maßnahmen können jedoch nicht mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden.

Der freiwillige Polizeidienst wird vorwiegend in Gebieten eingesetzt, in denen die Gefahr von Kriminalität besteht, aber nicht so hoch ist, dass ständig Polizeibeamte vor Ort sein müssen. Hauptsächlich arbeitet sie in größeren Wohnsiedlungen, öffentlichen Anlagen und in der Nähe von Einrichtungen, in denen die Vandalismusrate hoch ist.

Der freiwillige Polizeidienst dient zur Prävention von unkontrollierten Bürgerzusammenschlüssen wie Bürgerwehren. Sie bietet Bürgern die Möglichkeit, die Berliner Polizei aktiv zu unterstützen ohne als Polizeivollzugsbeamter zu arbeiten. Durch diese zusätzlichen Augen und Ohren kann die Berliner Polizei entlastet werden und gleichzeitig die Bindung zwischen Zivilgesellschaft und Polizei verfestigt werden.

5) Operative Gruppen für Jugendgewalt

Die in Berlin geschaffenen operativen Gruppen für Jugendgewalt erweisen sich als äußerst erfolgreich und effektiv. Sie sind weiter auszubauen und personell zu verstärken um die ersten Erfolge im Bereich der Jugendkriminalität weiter voranzutreiben.

6) Bodycams für Polizisten

Zum Schutz der Polizeibeamten sind Bodycams für die Grundausstattung der Streifenpolizei einzuführen. In Hessen läuft bereits ein Pilotprojekt. Der Polizei muss es ermöglicht werden, Straftaten, welche sich gegen die Vollstreckungsbeamten richten, aufzeichnen zu können, damit die Staatsanwaltschaften Beweismittel erlangen um derartige Straftaten anklagen zu können.

7) Einführung des Tasers

Die Junge Alternative Berlin fordert die Einführung des Tasers als Einsatzmittel der Berliner Polizei. Der Taser stellt das Bindeglied zwischen Schlagstock und Schusswaffe dar. Die Einführung eines Tasers würde den Respekt vor der Polizei verstärken. Zudem erlangt die Polizei im Rahmen der Verhältnismäßigkeit ein weiteres milderes Mittel, denn der Taser ermöglicht den Beamten eine zusätzliche Selbstschutzmöglichkeit um das Ziehen der Dienstwaffe zu vermeiden. Bei der Ausbildung der Berliner Polizei ist darauf zu achten, dass der Taser nicht leichtfertig vor anderen milderen Mitteln (Schlagstock, Pfefferspray, Handfesseln) Anwendung findet.

8) Wiedereinführung des Kontaktbereichsbeamten

Die Kontaktbereichsbeamten (KOB) gehören zur Schutzpolizei und leisten meist uniformierte Streifendienste zu Fuß oder mit einem Streifenwagen und allein im Tagesdienst. Jeder KOB ist für ein bestimmtes Gebiet zuständig, das er in der Regel

über Jahre hinweg betreut und gut kennt. Die Aufgabe des Kontaktbereichsbeamten besteht vor allem darin, Ansprechpartner für Bürger bei Problemen zu sein.

Die derzeitige Planung sieht für jeden der 1212 Kontaktbereiche in Berlin mindestens einen, je nach Problemlage auch mehrere Angehörige der zuständigen Dienstgruppe eines Abschnitts als Kontaktbereichsbeamte zu benennen. Die Junge Alternative Berlin unterstützt diese Pläne.

Es fehlt wegen der Sparmaßnahmen derzeit jedoch am Personal. 2013 hatte die Polizei 16.358 Vollzugsbeamte. Wegen Pensionierungen sind es inzwischen unter 16.000. Die Junge Alternative fordert die Neueinstellung von Polizeibeamten um die Kontaktbereiche in Berlin vollständig abdecken zu können.

9) Bessere Ausstattung mit Führungs- und Einsatzmitteln für die Polizei

Die Berliner Polizei benötigt eine bessere Ausstattung mit Führungs- und Einsatzmitteln um vor allem den Fokus auf klassische Streifen- und Ermittlungstätigkeit gerecht werden zu können. Aufgrund der gestiegenen Gewalttätigkeiten gegenüber Polizeibeamten ist es auch erforderlich, flächendeckend einen Körperschutz zur Verfügung zu stellen.

10) Kampagne gegen Gewalt gegen Polizei

Die Junge Alternative fordert eine mediale Kampagne gegen Gewalt gegen Polizisten um das Ansehen und den Respekt von Polizeibeamten in Berlin zu erhöhen.

11) Beamtenstatus des Polizeipräsidenten

Um eine gewisse Unabhängigkeit des Polizeipräsidenten und der Exekutiven von den politischen Entscheidungsträgern zu erlangen ist der Polizeipräsident in Berlin wieder ein Beamtenstatus zu erteilen.

2. Justiz

1) Personelle Stärkung der Justiz

Die Berliner Strafjustiz ist personell zu verstärken. Es sind vermehrt Richter und Staatsanwälte einzustellen, um die Verfahrensdauer und Arbeitsbelastung der Abteilungen zu senken. Es darf nicht dazu kommen, dass die Qualität der Berliner Justiz sinkt und dadurch „leichte Vergehen“ durch Einstellungsverfügungen abgehandelt werden, weil der Ermittlungsaufwand im Einzelfall zu groß ist. Der Rechtsstaat muss in seiner Funktionsweise sichergestellt bleiben. Einsparmaßnahmen in diesem sensiblen Bereich werden von der jungen Alternativen Berlin entschieden abgelehnt.

2) Reform des Strafverfahrensrechts

Das derzeitige Strafverfahrensrecht erweist sich als zu sperrig um zügige Verfahren zu ermöglichen. Das alte Strafprozessrecht hat sich in der Vergangenheit zwar bewährt, aber es ging ursprünglich von der Prämisse aus, dass sich der Angeklagte einem rechtstaatlichen Verfahren auch stellen würde und man sich

prozessordnungsgemäß verhält. Die Junge Alternative Berlin fordert daher eine Reform der §§ 216, 230 StPO. Ein sich auf freiem Fuß befindlicher Angeklagter sollte demnach schon beim ersten Termin der Hauptverhandlung vorgeführt werden. Wenn die Vorführung nicht erfolgreich ist und der Angeklagte für sein Ausbleiben nicht genügend entschuldigt ist, so ist ein Haftbefehl zu erlassen. Grund dafür ist vor allem, dass die bisherige Regelung oft missbräuchlich genutzt wird, um Verfahren hinauszuzögern. Gerade in großen Verfahren mit einer Vielzahl von Zeugen, führt die Abwesenheit des Angeklagten in der Hauptverhandlung gem. § 230 Abs. 1 StPO zur Festsetzung eines weiteren Termins zur Hauptverhandlung, bei der wieder sämtliche Zeugen zu laden sind. Die Prozesse werden dadurch unnötig in die Länge gezogen. Dieses Privileg des Angeklagten ist daher abzuschaffen.

3) Abschöpfung kriminellen Vermögens

Nachweislich kriminell erwirtschaftetes Vermögen muss wieder zurück in die Volkswirtschaft geführt werden. Die Abschöpfung dieses Vermögens ist zwingend erforderlich. Die Junge Alternative Berlin fordert daher die Schaffung einer Gesetzesgrundlage, die es der Justiz ermöglicht, kriminelles Vermögen zu beschlagnahmen und dauerhaft einzuziehen.

4) Ausbau des Neuköllner Modells

Das „Neuköllner Modell“ in Jugendstrafsachen ist weiter auszubauen. Angewendet wurde das Verfahren seit der Einführung 2010 nur relativ selten: 2013 wurden 246 Jugendliche nach dem Neuköllner Modell verurteilt, das macht nur etwa ein Prozent der Gesamtzahl jugendlicher Tatverdächtiger aus. Mögliche Gründe dafür könnten die unterschiedlichen Arbeitswelten und der sporadische Kontakt zwischen den Beamten sein. Abhelfen soll hier ein Arbeitstreffen zwischen Justiz und Polizei. Die Politik soll hierfür die notwendigen Impulse setzen.

3. Strafrecht

1) Einführung eines § 115 StGB

Der Respekt und das Ansehen Polizeibeamter innerhalb der Öffentlichkeit sind in den letzten Jahren weiter gesunken. Das zeigen vor allem die steigenden Zahlen verletzter Polizeibeamter. Deshalb wurde der Tatbestand des § 113 StGB – Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zuletzt im November 2011 verschärft und gleichzeitig das mögliche Höchststrafmaß für einen nicht besonders schweren Fall von zwei auf drei Jahren Freiheitsstrafe angehoben. Die Junge Alternative Berlin fordert darüber hinaus die Einführung eines § 115 StGB, welcher auch denjenigen bestraft, der einen Vollstreckungsbeamten tätlich angreift, wenn dieser keine Vollstreckungshandlung begeht. Damit würden auch Angriffe gegenüber Polizeibeamten erfasst werden, welche außerhalb einer Vollstreckungshandlung stattfinden (z.B. Stein- und Flaschenwürfe). Diese Straftaten waren bisher einfache Körperverletzungsdelikte oder Sachbeschädigungsdelikte. Ein Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten und damit Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland ist aber von seinem Unrechtsgehalt

wesentlich schwerer zu bewerten, als ein Konflikt zwischen Privatpersonen, weshalb ein Gesetzesänderungsbedarf besteht.

2) Strafmündigkeit des JGG herabsetzen

Das Einstiegsalter für Heranwachsende gem. § 1 Abs. 2 Jugendgerichtsgesetz (JGG) ist vom, 18. Lebensjahr auf das 16. Lebensjahr herabzusetzen. Hintergrund sind Beobachtungen, dass die Hemmnis zur Gewaltanwendung unter Jugendlichen in Deutschland immer weiter sinkt und auf der anderen Seite aber schon vereinzelt das Wahlrecht ab 16 eingeführt wurde. Wer Rechte erwirbt, muss auch Pflichten erwerben. Bereits von einem heutigen 16-Jährigen kann daher eine gewisse Einsichtsfähigkeit erwartet werden und bei Straftaten soll dementsprechend das Jugendstrafrecht für Heranwachsende Anwendung finden.

3) Keine Legalisierung von Cannabis

Die Junge Alternative Berlin spricht sich gegen eine Legalisierung von Cannabis aus. Die Gesellschaft besteht aus einem recht engen Netzwerk. Wenn sich Personen absichtlich in Gefahr bringen und dies von der Gesellschaft "bezahlt" werden muss, ist dies nicht akzeptabel. Die Krankenkassen würden zusätzlich belastet werden. Menschen, die bisher aufgrund der Illegalität vor dem Konsum von Cannabis zurückschrecken, könnten nun die Droge konsumieren. Zwar ist Cannabis an sich nicht schädlich, wohl aber die beliebteste Aufnahmeform, der Joint.

Da gerne behauptet wird, dass die Schwarzmärkte austrocknen würden, stellt sich die Frage, warum dies so sein sollte. Cannabis wird nur als Lockmittel angeboten. Verdient wird eher an den harten Drogen. Dass sich dies durch die Legalisierung von Cannabis ändert, ist eher unwahrscheinlich.

Deutschland würde zu einem Drogen-Tourismusland. Denn außer den Niederlanden wäre Deutschland dann eine gute Anlaufstelle, um sich legal Cannabis zu beschaffen. Dies würde unter Umständen in Grenzgebieten eine Menge Kriminalität anziehen.

Es gibt viele Fälle, in denen Cannabiskonsum zu Depressionen oder Angststörungen führt. Bei Jugendlichen werden Entwicklungsstörungen beobachtet. Die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche mit Cannabis in Kontakt kommen, wird durch eine Legalisierung eher noch erhöht, denn auch wenn es Jugendschutzvorschriften gäbe, wäre Cannabis auf einmal überall verfügbar.

Ferner steigert sich die Unfallgefahr im Verkehr, aber auch an Maschinen durch den Cannabiskonsum. Zudem kann die allgemeine Hemmschwelle zum Drogenkonsum sinken, wenn Cannabis legal wird.

4) Verbot von Straßenprostitution

Die Junge Alternative Berlin fordert eine Ausweitung des Sperrgebiets für die legale öffentliche Prostitution auf ganz Berlin (Artikel 297, Absatz 1 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (ESGStGB)). Das Verbot zur Praktizierung der öffentlichen Prostitution soll sich dabei ausschließlich auf Straßenstriche beziehen. Die Prostitution in geschlossenen räumlichen Örtlichkeiten ist davon ausgenommen.

4. Politische Gewalt und Extremismus

1) Kampf gegen jeglichen Extremismus

Die Junge Alternative Berlin lehnt jeglichen religiösen, linken- oder rechten Extremismus ab. Feinden der Verfassung und der Demokratie ist daher der Kampf mit allen Mitteln des Rechtsstaates anzusagen.

2) Wiedereinführung der Extremismusklausel Träger von Initiativen gegen Extremismus, die mit Steuermitteln gefördert werden, haben sich vor Erhalt der Mittel schriftlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und zu erklären, nicht mit extremistischen Organisationen und Einzelpersonen zusammenzuarbeiten. Extremismus darf nicht mit Steuermitteln finanziert werden.

3) Austrocknung finanzieller und struktureller Unterstützung

Der Staat darf Linksextremismus nicht finanziell oder strukturell unterstützen – weder durch direkte Geldzahlungen, noch durch die unentgeltliche Überlassung von Gemeinschaftsräumlichkeiten. Ausnahmen sind nur den Nachrichtendiensten zur Erlangung wichtiger Informationen gestattet („V-Leute“).

4) Forschungsprojekte über Linksextremismus fördern

Zur Zurückdrängung des Linksextremismus sind entsprechende Aufklärungs- und Forschungsprojekte zu fördern. Extremismusprävention darf sich nicht in der Bekämpfung des Rechtsextremismus erschöpfen.

5) Hasskriminalität

Sofern sogenannte Hasskriminalität besonders bestraft werden soll (Reform des § 64 StGB), ist darauf zu achten, dass eine entsprechende Regelung nicht nur rechtsextremistische Straftäter, sondern auch linksextremistische Straftäter umfasst. Gleiches Recht für alle.

6) Verbot extremistischer Organisationen

Extremistische Vereine, die sich in aggressiver Weise gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, sind zu verbieten. Dies gilt insbesondere für Vereine, welche wie die „Rote Hilfe e. V.“ linksextremistische Straf- und Gewalttäter ideell und finanziell unterstützen, um ihre rechtsstaatsfeindliche Gesinnung auch vor Gericht und im Gefängnis aufrecht zu erhalten.

7) Demonstrationen schützen

Die Blockade vermeintlich „rechter“ Demonstrationen setzt regelmäßig nicht nur das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft, sondern ist auch Ausgangspunkt für gewalttätige Eskalationen. Blockaden gegen Aufzüge, welche friedlich, ohne Waffen und nicht gegen das Vermummungsverbot verstoßen, sind daher zu unterbinden. Die Demonstrationsfreiheit in Deutschland ist uneingeschränkt zu schützen. Die Polizei ist von politischer Seite zu ermutigen, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit Blockaden notfalls auch mit unmittelbarem Zwang zu beseitigen.

8) Neuer Sprachgebrauch

In der öffentlichen Auseinandersetzung wird der Begriff „rechts“ häufig synonym zu „rechtstremistisch“ verwendet. In einer pluralistischen Demokratie ist jedoch sowohl eine politische Linke als auch eine politische Rechte legitim. Ein derartiger Sprachgebrauch ist daher abzulehnen.

VI. Integrations- und Einwanderungspolitik

1. Islamisierung

1) Parallelgesellschaften

Die Junge Alternative Berlin sieht die zunehmende Entwicklung von islamischen Parallelgesellschaften in Berlin mit größter Sorge. Wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung in einigen Wohngebieten nicht mehr die Grundlage gesellschaftlichen Miteinanders ist, sondern die Scharia als diese angesehen wird, ist der Staat gefordert einzuschreiten. Islamisches Recht, wie z.B. das Ehe- und Familienrecht, darf nicht akzeptiert werden. Wir fordern die Bekämpfung von islamischen Parallelgesellschaften mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und die Altparteien auf diese klar zu verurteilen.

2) Islamischer Einfluss

Die dem Islam zum Teil eingeräumten Sonderrechte, wie etwa Badezeiten für Muslime, die Halal-Schlachtung von Tieren ohne Betäubung und der Gebetsruf des Muezzin von Moscheen, werden von uns strikt abgelehnt. Die Junge Alternative Berlin bekennt sich klar zu unseren christlich-jüdischen Wurzeln und lehnt eine Ausweitung des islamischen Einflusses auf unsere Gesellschaft und unsere Kultur ab. Wahlveranstaltungen eines türkischen Präsidenten auf deutschem Boden sind zu unterbinden. Der Bau von aus dem Ausland und nicht von den örtlichen muslimischen Gemeinden finanzierten Großmoscheen, lehnt die Junge Alternative Berlin ab. Religion ist eine Privatangelegenheit und die Trennung von Religion und Staat ein wesentliches Element unserer aufgeklärten Gesellschaft. Die Muslime in Deutschland haben diesen Grundsatz zu akzeptieren.

3) Religiöse Symbolik

Die Junge Alternative Berlin fordert ein generelles Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst, ein Verbot der Burka und jeglicher Vollverschleierung im öffentlichen Raum. In der Privatwirtschaft soll der Arbeitgeber entscheiden dürfen ob seine Angestellten ein Kopftuch tragen dürfen oder nicht. Wir sehen im Kopftuch erstens ein demonstratives Symbol religiöser Zugehörigkeit, was sich mit der staatlichen Neutralitätspflicht nicht vereinbaren lässt und zweitens ein Symbol der Unterdrückung der Frau, welches es abzulehnen gilt.

4) Islamkritik

Wir fordern eine öffentliche Debatte und eine kritische und vorbehaltlose Auseinandersetzung mit dem Islam. Eines unserer höchsten Güter ist die Meinungsfreiheit, welche sich auch die in unserem Land lebenden Muslime verpflichtet fühlen müssen. Die von vielen Politikern und Medien betriebene falsche Zurückhaltung und Angst vor Kritik gegenüber dem Islam, lehnt die Junge Alternative Berlin ab.

2. Einwanderungspolitik

1) Unterschied zwischen Einwanderung und Asyl

Die Junge Alternative Berlin fordert eine deutliche Trennung der Begriffe Einwanderung und Asyl. Die ständige Vermischung dieser Begrifflichkeiten, vor allem in der Demografie- und Arbeitsmarktpolitik führen zu Missverständnissen, die von den Altparteien gewollt, von uns jedoch abgelehnt werden. Asylbewerber und Flüchtlinge müssen nach völlig anderen Kriterien behandelt werden als Einwanderer.

2) Einwanderung nach kanadischem Vorbild

Wir fordern eine geordnete und den Bedürfnissen Deutschlands angepasste Einwanderung nach kanadischem Vorbild. Die Rekrutierung über ein Punktesystem von gut ausgebildeten Fachkräften, die am Arbeitsmarkt nachgefragt werden, ist der erste Schritt hin zu einer bedarfsorientierten Einwanderung. Die Auswahl von Zuwanderern nach Ausbildung, Sprachfähigkeit und Alter, zielt klar auf hoch qualifizierte Fachkräfte ab, die unserer Gesellschaft am ehesten von Nutzen sein können. Weiterhin unterstützen wir die Forderung, feste Kontingente für die Einwanderung aus Drittstaaten zu schaffen um eine breite Zuwanderung verschiedener Kulturen und nicht nur einer bestimmten Einwanderungsgruppe zu gewährleisten. Einwanderung muss auch kulturell verträglich sein.

3) Integration als Bringschuld

Die Junge Alternative Berlin spricht sich für eine Integration als Bringschuld aus. Die gescheiterte Integration von Einwanderern, vor allem aus dem islamischen Kulturkreis zeigt deutlich, dass sich einige Bevölkerungsgruppen nicht integrieren lassen können oder wollen. Im Zuge dessen fordern wir Integrationsmaßnahmen auf ein Mindestmaß zurückzufahren und die finanzielle Förderung dieser einzustellen. Leider beobachten wir sehr häufig, dass eine funktionierende Integration, auch in der Folgegeneration noch nicht erreicht wurde. Parallelgesellschaften und kulturelle und soziale Spannungen sind zu unterbinden. Straffällige Einwanderer sind auszuweisen. Deutsche, welche sich einer terroristischen Vereinigung im Ausland anschließen, ist die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Hierzu sind Grundgesetzkonforme Regelungen zu schaffen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft lehnt die Junge Alternative Berlin ab.

3. Asylpolitik

1) Wirtschaftsflüchtlinge

Die Junge Alternative Berlin bejaht die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, denen zu helfen wir uns verpflichtet fühlen, sowie das Recht auf Asyl. Wirtschaftsflüchtlinge, also Menschen die das Asylrecht missbrauchen, weil sie sich bei uns ein besseres Leben versprechen, lehnen wir ab und fordern deren konsequente Abschiebung nach Recht und Gesetz. Wir fordern in diesem Zusammenhang die schnellere Anerkennung von sicheren Herkunftsländern, um einen Missbrauch des Asylrechts zu erschweren und eine schnellere Abschiebung zu gewährleisten.

2) Abschiebung

Wir fordern eine konsequente, schnelle und effektive Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern in ihre Herkunftsländer. Die Vielzahl an nicht durchgeführten Abschiebungen, die gegen deutsches Recht und Gesetz verstoßen und von den Altparteien oftmals gewollt sind, lehnen wir entschieden ab und fordern, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und mit Strafen zu belegen. Die JA Berlin fordert das Asylrecht von einem Länderrecht in ein Bundesrecht umzuwandeln, um Ausnahmeregelungen der Länder zu verhindern. In diesem Zusammenhang lehnen wir einen Winterabschiebestopp grundsätzlich ab. Weiterhin fordern wir mehr finanzielle Mittel für die zuständigen Ämter und eine deutliche Erhöhung des Personalansatzes.

3) Transparenz

Die Junge Alternative Berlin fordert mehr Transparenz bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerber in Berlin. Die Bürger sollen ein Anrecht darauf haben, zu erfahren und mitentscheiden zu dürfen, ob in ihrer Wohngegend ein Asylbewerberheim gebaut werden soll. Die Ablehnung eines Asylbewerberheims unter das Stigma von Ausländerfeindlichkeit zu stellen, lehnen wir entschieden ab.

4. Mittelmeer

1) „Modell Australien“

Die Junge Alternative Berlin fordert im Zuge der verstärkten Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und der damit einhergehenden Tragödien aufgrund von tausenden Ertrunkenen, das Modell der Abschottung nach australischem Vorbild zu übernehmen. Wir fordern die Einrichtung von Aufnahme- und Asylverfahrenszentren unter EU-Zuständigkeit im Mittelmeer. Aufgegriffene Migranten sind nicht nach Europa zu bringen, sondern diese direkt in Aufnahme- und Asylverfahrenszentren in EU-Anrainerstaaten zurückzuführen. Weiterhin werden in den Ländern Anzeigen geschaltet, die den Flüchtlingen vermitteln, dass sie keine Chance haben in Europa auf illegalem Weg Asyl zu bekommen.

2) Kriminelle Strukturen

Wir fordern einen massiven Kampf gegen Schleuser- und Schlepperbanden und abschreckende, strafrechtliche Sanktionen für all jene, die den Menschenhandel in die

EU und innerhalb der EU ermöglichen. Zudem soll eine bessere Koordinierung der EU-Hilfsmittel gewährleistet werden, um den Kampf gegen Schleuser- und Händlernetze gemeinsam mit Drittländern auszudehnen.

3) Hilfe zur Selbsthilfe

Die deutsche Entwicklungshilfe in Afrika ist zu verstärken, um die wirtschaftliche Not in diesen Ländern zu mindern, das Ansehen Deutschlands in der Welt zu erhöhen und die Migrationsbewegungen zu senken. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Hilfgelder und Mittel ihren tatsächlichen Zielort erreichen und nicht innerhalb der Korruption verschwinden.

4) Druck auf die Golfstaaten

Die muslimische Welt ist zweigeteilt. Die wohlhabenden Golfstaaten halten sich aus der wirtschaftlich schwierigen Situation ihrer nordafrikanischen Nachbarländer weitestgehend heraus und überlassen der EU diese Probleme. Deutschland soll seine diplomatischen Anstrengungen verstärken, diesen Staaten mehr Mitverantwortung zu übertragen.

VII. Wirtschaft- und Energiepolitik

1. Soziale Marktwirtschaft

In der Wirtschaftspolitik spricht sich die Junge Alternative Berlin für den Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft nach dem Vorbild Ludwig Erhards aus. Der deutsche Mittelstand ist zu stärken, Wirtschaftsmonopole sind zu zerschlagen, Eigenverantwortung und -initiative sind zu fördern, Bürokratie und Meldepflichten für Unternehmen sind auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren.

1) Engagierte und flexible Wirtschaftsförderung

Mittelständische Unternehmen sind schnell, ideenreich und unbürokratisch bei neuen Investitionen, Erweiterungen des Unternehmens zu unterstützen. Staatliche Kredite sind zu niedrigen Zinsen an aussichtsreiche Unternehmen zu vergeben. Die Förderung der Existenzgründung junger Unternehmer, insbesondere von „startups“ in Berlin, ist weiter auszubauen.

2) Fortbildung älterer Arbeitnehmer

Im Zuge des Alterungsprozesses der Gesamtbevölkerung setzt sich die Junge Alternative Berlin für eine intensivere Fortbildung älterer Arbeitnehmer ein und deren Integration in die Betriebe und Unternehmen, damit Altersarbeitslosigkeit in Deutschland verhindert wird.

3) Handwerksmeister erhalten

Der Handwerksmeister ist seit 2004 keine Voraussetzung mehr für das Führen eines Handwerksbetriebes. Das gefährdet die Qualität unserer Produkte und

Dienstleistungen und den Ruf unserer guten Industrie. Deshalb halten wir am Meisterabschluss fest. Der Meister garantiert die Qualität des deutschen Handwerks und letztlich unseren wirtschaftlichen Vorsprung vor anderen Industrienationen.

4) Keine Zwangsmitgliedschaften

Die Zwangsmitgliedschaften in Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und ähnlichen Standesvereinigungen sind aufzulösen. Dem steht nicht entgegen, dass diese Verbände auf freiwilliger Basis wichtige Aufgaben wahrnehmen können und sollen. Dies funktioniert schon heute z.B. beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Bisher wahrgenommene hoheitliche Aufgaben, wie z. B. in der dualen Berufsausbildung, können weiterhin von den Kammern im Staatsauftrag ausgeführt werden. Alle anderen von den Kammern wahrgenommenen Aufgaben müssen sich dem Wettbewerb stellen.

2. Ein Ende der Energiewende

1) Rückkehr zu einer marktwirtschaftlich orientierten Stromerzeugung

Deutschland ist eine der führenden Industrienationen in der Welt. Trotzdem verfolgt Deutschland als einziges Land der Erde in der Energiepolitik einen Sonderweg. Während Länder wie China, Indien und die USA sämtliche Technologien zur wirtschaftlichen Stromerzeugung nutzen, um ihren hohen Energiebedarf kostengünstig zu decken, ist die deutsche Energiewirtschaft eine einzige teure Utopie. Schon jetzt steht fest, dass sich die regenerativen Energien in Deutschland niemals in ausreichender Zahl speichern lassen werden, um eine effektive Nutzung eben dieser zu ermöglichen.

Über die Ursachen des vom Menschen gemachten Klimawandels herrschen unter den Wissenschaftlern unterschiedliche Theorien. Selbst wenn man der „herrschenden Ansicht“ des durch CO_2 verursachten Klimawandels folgt, lässt sich dieser nicht durch die geringe Senkung des CO_2 Ausstoßes in Deutschland verhindern. Schon gar nicht dann, wenn alle anderen aufstrebenden Nationen diesen Weg nicht verfolgen.

Die Junge Alternative Berlin fordert daher die Abkehr von einer ideologisch verblendeten Energiepolitik der Bevormundung, hin zu einer Energiepolitik, welche das wirtschaftlich und technisch machbare abwägt und dem Endverbraucher endlich wieder den Zugang zu günstigen Strompreisen ermöglicht.

2) Abschaffung des EEG, EnEV und EEWärmG

Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) verfügt über einen planwirtschaftlichen Charakter. Mit den extrem zunehmenden Subventionen für die „Erneuerbaren“ erfolgte eine Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgelegten Energiesektors. Die zwangsläufigen Folgen dieser Politik sind die Gefährdung der Netzstabilität, teurer zusätzlicher Ausbau von Netzen um das Überangebot an Windstrom in den Süden zu leiten, Verschandelung der deutschen Kulturlandschaft und Dezimierung der Vogelpopulationen durch Windräder, starke Strompreissteigerungen für den Verbraucher, Privilegierung für EEStromerzeuger durch die Sozialisierung von Risiken

und die Privatisierung der Gewinne sowie die Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen. Diese Politik führt zu einer schleichenden Deindustrialisierung Deutschlands.

Letztlich zeigt sich hier das Dilemma einer national forcierten Klimapolitik. Übermäßig hohe Energiepreise oder klimapolitische Regulierungen in einem Land führen nicht zu global sinkenden CO²-Emissionen, sondern lediglich zu deren Verlagerung.

Die Junge Alternative Berlin fordert daher die Abschaffung des EEG. Sämtliche Förderungen sind einzustellen. Für Bestandsanlagenbesitzer wird eine grundgesetzkonforme Entschädigungslösung vorgeschlagen.

Außerdem fordert die Junge Alternative Berlin die Abschaffung der Energie-Einsparverordnung EnEV und des Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetzes EEWärmG. Es muss den Bauherren und Gebäudebesitzern überlassen bleiben, ob und wieviel Geld er/sie in die Wärmedämmung, die Heizungsanlage, die Pflege und den Erhalt des Gebäudes stecken.

3) Kernkraft:

Ungeliebt, aber unverzichtbar. – Der schwarzgelbe Atomausstieg erfolgte überhastet und in Panik im Zusammenhang der Ereignisse um Fukushima und verdeutlicht einmal mehr, dass mittlerweile in der Politik anstelle von Vernunft, lieber der öffentlichen Meinung hinterhergelaufen wird. Obwohl deutsche Atomkraftwerke weder auf einer starken Erdbebenregion angesiedelt sind, noch von Tsunamis getroffen werden können und nicht über die Sicherheitsdefizite von japanischen Kraftwerken verfügen, hält die Bundesregierung an diesen Plänen fest. Dieser deutsche Alleingang ist schon deshalb irrational, weil unsere Nachbarländer Frankreich und Tschechien sowie alle anderen großen Industrienationen der Welt, diesen Weg bewusst nicht beschreiten und sogar neue Atomkraftwerke errichten, um den Strom dann teuer nach Deutschland zu verkaufen.

Die Junge Alternative Berlin fordert daher, dass der Ausstieg aus der Kernkraft gestoppt wird. Damit entfällt die Notwendigkeit, als Ersatz der fehlenden Grundlast der KKW neue Kohlekraftwerke in größerem Umfang zu bauen und Kraftwerksbetreiber zum Weiterbetrieb von unrentablen Kohlekraftwerken zu zwingen.

Die bereits stillgelegten Kernkraftwerke sind in einem Zustand zu erhalten, der eine spätere Wiederinbetriebnahme ermöglicht. Sie stellen eine wertvolle Kraftwerksreserve dar, die noch e.a.ca. zwei Jahrzehnte einsetzbar ist und Deutschland die Rückkehr zu einer rationalen Energiewirtschaft ermöglicht.

Die Junge Alternative Berlin fordert die Bundesregierung auf, sich an der Entwicklung fortschrittlicher Reaktortechnologie der 4. Generation zu beteiligen und der internationalen Arbeitsgemeinschaft beizutreten.

4) Abkehr von oberirdischen Endlagern

Die bis mindestens 2050 geplante oberirdische Lagerung von hochradioaktiven Nuklearabfällen ist schnellstmöglich zu beenden. Die Standortsuche für ein Endlager ist voranzutreiben.

Hierzu fordert die Junge Alternative Berlin, dass das Standortauswahlgesetz ausgesetzt wird. Die ausstehende Einigungsaussage für den Salzstock Gorleben ist nachzuholen. Bis zum Vorliegen des Ergebnisses dürfen keine Mittel für andere Standorterkundungen ausgegeben werden. Bei für den Standort Gorleben positivem Ausgang, ist das Planfeststellungsverfahren einzuleiten.

VIII. Verkehr und Infrastruktur

1. Verkehr

1) Parkraumbewirtschaftung

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für die Schaffung und den Erhalt von Parkplätzen in Berlin ein. Eine systematische Vernichtung von Parkraum, um die Berliner Bürger dazu anzuhalten auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, lehnen wir hingegen ab.

2) Rekommunalisierung der S-Bahn

Die Privatisierung der Berliner S-Bahn ist wieder rückgängig zu machen. Einsparmaßnahmen der Deutschen Bahn AG bei Ersatzzügen und Reparaturhallen führten in der Vergangenheit bei nur leichten Witterungsschwankungen zu regelmäßigen Zusammenbrüchen des Schienennetzes. Trotzdem steigen die Ticketpreise von Jahr zu Jahr. Ein SBahnbetrieb lässt sich privatwirtschaftlich nicht gewinnbringend nutzen. Eine marktwirtschaftliche Konkurrenz zwischen unterschiedlichen „Bahnanbietern“ existiert nicht. Die Deutsche Bahn AG hält das Monopol über das Berliner SBahnnetz. Durch eine fortschreitende Privatisierung der Infrastruktur wird die Mobilität gefährdet. Deshalb ist die Berliner S-Bahn zu rekommunalisieren.

3) Einführung einer elektronischen Fahrkarte Berlins

Das S- und U-Bahnnetz soll zukünftig, mit einem Mifare-RFID-Chip ausgestatteten elektronischen Fahrkartensystem versehen werden. Dieses System existiert in London mit der „Oyster Card“. Es erweist sich als langfristig kostengünstig und effektiv gegen das verbreitete „Schwarzfahren“, dessen Ausfallkosten auf die Ticketpreise der ehrlichen Nutzer umgelegt werden. Außerdem erfolgt die Abrechnung nicht in Form eines „Zeittickets“, sondern anhand der tatsächlichen Nutzung der Bahn.

4) Weniger Mehrwertsteuer auf S- und U-Bahntickets

Ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Bahntickets ist umweltfreundlich und fördert die Mobilität der Bevölkerung.

5) Keine Tempo 30 Zonen Pläne, vermehrt Tempo 30 Zonen punktuell oder sogar flächendeckend einzuführen, ohne einen Grund der Verkehrssicherheit, wird von der Jungen Alternative Berlin abgelehnt. Der Verkehrsfluss in Berlin soll erhalten bleiben.

2. Infrastruktur

1) Flughafen BER

Berlin braucht einen leistungs- und entwicklungsfähigen Flughafen, der der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Hauptstadtregion gerecht wird. Bei der Realisierung derartiger Großprojekte ist jedoch dem Schutz der betroffenen Bürger umfassend Rechnung zu tragen. Die ständige Ausweitung des BER-Projekts mit all ihren Verzögerungen, Finanzrisiken und Desinformationen hat die Transparenz und Steuerbarkeit des Projektes zerstört und die berechtigten Interessen vieler Menschen im dicht besiedelten Umfeld des Flughafens zunehmend missachtet. Die explodierenden Investitionskosten sowie die wachsenden Folgekosten überfordern absehbar die finanzielle Leistungsfähigkeit Berlins. Bei ursprünglich angesetzten Kosten von unter zwei Milliarden Euro wird nun mit Gesamtkosten von sieben Milliarden Euro gerechnet, ohne dass dies als sichere Obergrenze gelten kann. Die gegenwärtige monatliche Subvention des Projektes mit 34 Mio. Euro und die erwarteten 20 Mio. Euro Subvention für den laufenden Betrieb sind für Berlin finanziell nicht tragbar. Sie verstoßen auch gegen Subvention und Beihilfebestimmungen der Europäischen Union und stellen damit die rechtliche Zulässigkeit des Betriebs des BER grundsätzlich in Frage. Die Junge Alternative Berlin fordert daher, mit dem Pannenflughafen wie folgt zu verfahren:

Die Flughafengesellschaft hat einen umfassenden und transparenten Gesamtkosten- und Zeitplan vorzulegen, inwieweit der BER überhaupt noch realisiert werden kann. Diese Pläne sind durch eine unabhängige Beratungsgesellschaft zu überprüfen. Der BER sollte als Übergangsflygfeld in Betrieb gehen. Es ist sicherzustellen, dass für alle unmittelbar Betroffenen – auch für die abknickenden Flugrouten der Tag- und Nachtschutzgebiete strenger Schallschutz gewährleistet ist. Eine dritte und vierte Startbahn sind angesichts der Besiedlungsdichte in der Region nicht zu genehmigen. Das Wohl und die körperliche Unversehrtheit der vom Fluglärm betroffenen Bürger hat Vorrang vor den Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Flughafenbetreiber. Da schon heute fest steht, dass der neue BER nicht über hinreichend Kapazitäten verfügen wird, sind Planungen über die bekannten Alternativen – Sperenberg und Jüterbog Ost – zu starten. Sollten sich private Investoren und Betreiber für einen Großflughafen in Sperenberg oder Jüterbog Ost finden, die bereit wären, auch die Kosten für eine Abwicklung und Umnutzung des BER zu übernehmen, sollte zügig eine entsprechende Ausschreibung vorbereitet werden. Auch eine Erhaltung des Flughafens Tegels ist in die zukünftigen Planungen mit zu integrieren.

2) Flughafen Tegel

Die Junge Alternative Berlin unterstützt das Bestreben über die Weiterführung Tegels einen Volksentscheid herbeizuführen.

3) ÖPP Projekte

Ein Gutachten des Bundesrechnungshofes hat ergeben, dass allein bei fünf Projekten der öffentlichen-privaten Partnerschaften (ÖPP), diese um insgesamt 35,9 Milliarden

teurerer sind, als eine konventionelle Realisierung im Straßenbau. Die Junge Alternative Berlin lehnt diese Projekte daher bundesweit ab und fordert den Bundesverkehrsminister auf, von diesem Abstand zu nehmen.

4) Ausbau der Linie U 3

Die Junge Alternative Berlin fordert den Ausbau der Linie U-3, um den Anschluss zwischen S-Bahnhof Mexikoplatz und U-Bahnhof Krumme Lanke herzustellen.

IX. Schutz der Familie

1. Familienbegriff

Die Familie ist die Keimzelle für Volk und Staat. Auf ihr fußt jede Form von Zivilisation. Der Schutz der Familie ist daher die vorderste Aufgabe des Staates und der Jungen Alternative Berlin. Wir gehen hierbei von einem dualen Familienbegriff aus. Kernfamilie bedeutet für uns Vater, Mutter und Kind. Neben dem Idealbild der Kernfamilie existiert Familie aber auch dort, wo jemand auf Dauer Verantwortung für mindestens ein Kind übernimmt, und dort wo zwei Erwachsene im Rahmen einer Partnerschaft auf Dauer füreinander Verantwortung übernehmen und wo Verantwortung für ein Mitglied einer anderen Generation oder ein Geschwisterteil übernommen wird.

2. Demographie

Deutschland stirbt aus. Schätzungen des statistischen Bundesamtes gehen von einem Absinken der Bevölkerung auf 74 Millionen Menschen bis 2050 aus. Es wird immer weniger Kinder und immer mehr ältere Menschen geben. Die Lastenverteilung der Generationen wird auf den Kopf gestellt. Die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter wird ebenfalls immer weiter sinken. Die Folgen sind Altersarmut und Fachkräftemangel. Die Erhöhung der Geburtenrate in Deutschland sollte daher Kernziel der Familienpolitik sein. Um dieses Ziel zu erreichen, spricht sich die Junge Alternative Berlin daher für folgende Maßnahmen aus:

1) Abschaffung des Ehegattensplittings

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für die Abschaffung des Ehegattensplittings ein. Ein sog. Splittingtarif hat nur dann Auswirkung auf die konkrete Steuerlast eines Ehepaares oder einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft nach dem Partnerschaftsgesetz, wenn man von einer sog. Steuerprogression ausgeht. Im Rahmen der von der Jungen Alternative Berlin vertretenen Vereinfachung des Steuersystems hat die sog. kalte Progression keinen Platz und wird die „normale“ Progression deutlich abgemildert, weshalb einem Splittingtarif bereits aus Gründen geringer Wirkung von uns eine Absage erteilt wird. Legt man das jetzige Steuersystem einer finanziellen Analyse zugrunde, würden mit der Abschaffung des Ehegattensplittings ca. 20 Milliarden Euro an potentiellen Einnahmen freigesetzt

werden. Dies sind Einnahmen, die bei der Finanzierung eines höheren Kinderfreibetrages oder einer besonderen Elternrente unserer Auffassung nach viel besser aufgehoben wären. Es fände somit dort eine steuerliche Entlastung statt, wo auch wirklich Verantwortung für Kinder übernommen wird bzw. wurde. Eine steuerliche Vergünstigung für Partnerschaften, aus denen keine Kinder hervorgehen, ist familienpolitisch nicht zu rechtfertigen.

2) Grundfreibetrag für jeden Menschen

Die Junge Alternative Berlin fordert die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages auf min 8.000,- € (derzeit max. 7.008,- €) und zwar einheitlich für jeden Menschen, wobei Eltern den Grundfreibetrag ihrer Kinder in ihrer Steuererklärung ansetzen können. In dem von uns vorgeschlagenen Modell würden Jugendliche und Heranwachsende im arbeitsfähigen Alter, sofern sie eigene Einkünfte haben, diesen Betrag steuerlich auch selbst ansetzen können.

Die Eltern könnten den Grundfreibetrag ihres Kindes bei der eigenen Steuererklärung soweit ansetzen, soweit das Kind den eigenen Grundfreibetrag nicht selbst verwendet und unter den Voraussetzungen, dass sich das Kind in Ausbildung befindet und das 27. Lebensjahr nicht überschritten hat.

3) Besondere Elternrente

Die Junge Alternative Berlin ist der Auffassung, dass der gesellschaftliche Beitrag, den jemand mit der Erziehung eines Kindes leistet, auch bei der Rente zu berücksichtigen ist und zwar in besonderer Weise. Der Kinderfreibetrag kommt den Eltern oder dem erziehenden Elternteil nur zu Zeiten der tatsächlichen Erziehungsleistung und im Falle einer beruflichen Tätigkeit von mindestens einem Elternteil zugute. Dass das Aufziehen eines Kindes dem Wohle der gesamten Gesellschaft dient, wird aber selbst mit einem erhöhten Kinderfreibetrag unserer Auffassung nach nicht hinreichend berücksichtigt. Indem wir uns Gedanken über ein von der herkömmlichen Rente völlig abgekoppeltes Elternrentensystem machen, wollen wir den individuellen Leistungen von Eltern zugunsten eines gesamtgesellschaftlichen Erfolgs Rechnung tragen. Grundprinzip eines solchen Elternrentensystems ist, dass es völlig losgelöst von der herkömmlichen Rente von eigenen Voraussetzungen und eigenen Leistungen lebt. So können wir uns vorstellen, dass das Renteneintrittsalter unserer Elternrente bereits bei 60 Jahren liegt. Das Elternrentensystem soll möglichst einfach gestalten werden, um den Verwaltungskostenaufwand so gering wie möglich zu halten.

4) Ungeborenes Leben effektiv schützen:

Abtreibung nur bei triftigen Gründen Die Junge Alternative Berlin wendet sich gegen ein Abtreibungsrecht, das den bloßen Willen der Mutter pauschal über das Recht des ungeborenen Kindes auf Leben stellt. Die Junge Alternative Berlin spricht sich deshalb für eine Reform des § 218a StGB (Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs) aus. Mit der zurzeit in Deutschland geltenden Fristenregelung, die Abtreibungen in den ersten zwölf Wochen nach einer Beratung grundsätzlich straffrei stellt, wird die aus der Menschenwürde des Grundgesetzes abgeleitete staatliche Verpflichtung, auch das ungeborene Leben zu schützen, nur unzureichend erfüllt. Die Junge Alternative Berlin fordert, die bestehende Fristenregelung durch eine Indikationsregelung, wie sie z.B.

lange Zeit auch die CDU gefordert hat, zu ersetzen. Abtreibungen dürfen nur dann straffrei sein, wenn ein triftiger Grund (Indikation) in der Abwägung zwischen dem Recht des ungeborenen Kindes auf Leben und dem Recht der Mutter auf Selbstbestimmung den Ausschlag gibt. Dies ist vor allem bei einer medizinischen (Gefahr für Gesundheit oder Leben der Mutter) Indikation der Fall; unter Umständen ist der Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen nach einem Beratungsgespräch auch bei kriminologischer (Vergewaltigung) oder eugenischer (schwerwiegende Behinderung des Kindes) Indikation nicht zu bestrafen. In jedem Fall muss der Staat das materielle und seelische Wohlbefinden von Schwangeren, bei denen ein Schwangerschaftsabbruch droht, sicherstellen und dazu ermuntern, die Schwangerschaft fortzusetzen.

5) Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Wirtschaft soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die Wirtschaft profitierte in der Vergangenheit von der beruflichen Selbstverwirklichung der Frau. Dabei wurde eine Familiengründung zunehmend erschwert oder auf ältere Lebensjahre verlagert. Der volkswirtschaftliche Schaden dieses Prozesses wird erst in den kommenden Jahrzehnten sichtbar. Teil- und Elternzeitmodelle sind daher weiter auszubauen und gesetzlich verbindlich zu regeln. Um Ausfallzeiten wegen der Kinderbetreuung zu vermeiden, sollten betriebseigene Krippen und Horte gegründet werden. Der berufliche Wiedereinstieg ist zu erleichtern und durch Steuererleichterungen zu fördern.

Die Entscheidung, ob die eigenen Kinder daheim oder in der Krippe betreut werden, soll aber weiterhin den Eltern überlassen sein. Der Staat darf sich nicht einmischen. Er soll nur dafür sorgen, dass die Eltern die Entscheidung so frei wie möglich treffen können.

6) Studium mit Kind

Die Junge Alternative Berlin setzt sich dafür ein, dass die Familiengründung während Studium und Ausbildung stärker gefördert wird. Wer bereits den Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit Kind meistert, wird auch den Übergang in den beruflichen Alltag einfacher bewältigen. Die Entstehung von Familien und Mehrkindfamilien deutlich vor Erreichen des 35. Lebensjahres der Mutter ist auch medizinisch indiziert. Zur Realisierung des Modells „Studieren mit Kind“ wird die Junge Alternative sich einsetzen für: Hilfen und Beratung während Studiums und Ausbildung (Kredit, Wohnung, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim Bafög), flexible Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs, erleichterte Möglichkeiten des Zugangs sowie des Übergangs zum Fernstudium, da ein Studium mit Kind bei einem Fernstudium leichter zu organisieren ist.

X. Bildung, Forschung und Kultur

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für eine gerechte Bildungspolitik ein. Das bedeutet, dass jeder Mensch die Bildung bekommen soll, welche er benötigt, damit er seine individuellen Fähigkeiten am besten entfalten kann.

1. Schule und Ausbildung

1) Dreigliedriges Schulsystem

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für ein gegliedertes Schulsystem von Gymnasium, Real- und Hauptschule ein. Die Gesamtschulen sollen zur Ergänzung weiterhin parallel bestehen. Die räumliche Nähe verschiedener Schularten auf einem gemeinsamen Campus begrüßen wir. An den Haupt- und Realschulen soll zukünftig das Fach der „Arbeitslehre“ angeboten werden.

2) Inklusion

Die Junge Alternative setzt sich für den Erhalt von Förderschulen ein und spricht sich gegen eine Inklusionspolitik aus. Individuelle Förderschulen werden den Bedürfnissen behinderter Schüler besser gerecht.

3) Duales Ausbildungssystem

Das System der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist weiter auszubauen. Das duale Ausbildungssystem, die Kombination schulischer und betrieblicher Bildung, ist ein deutsches Erfolgsmodell, das verantwortlich für die relative geringe Jugendarbeitslosigkeit ist. Dieses in Deutschland zu erhalten ist das Ziel der Jungen Alternative Berlin.

4) Geschichtsunterricht

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für den Erhalt des Geschichtsunterrichts an Berliner Schulen ein. Ab der Klasse 7 ist der Schwerpunkt des Geschichtsunterrichts auf die deutsche und europäische Geschichte zu legen. Die Junge Alternative Berlin fordert eine breitere Vermittlung der deutschen Geschichte. So sind Mittelalter, Reformation, Vormärzrevolution, deutsches Kaiserreich, Weimarer Zeit, NS-Zeit und die Nachkriegsgeschichte nach Möglichkeit in gleichem Umfang und mit gleichem Stellenwert zu behandeln.

5) Notensystem

Pläne zur Veränderung oder gar Abschaffung der des Notensystems 1-6 in Berlin, lehnt die Junge Alternative Berlin ab.

6) Schuluniformen

Die Junge Alternative Berlin fordert die Einführung von Schuluniformen an den Berliner Schulen. Die jeweiligen Schulen sollen selbst das Aussehen dieser Uniformen festlegen dürfen. Schuluniformen können eine integrierende Wirkung entfalten und stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl. Vor allem Kinder aus weniger wohlhabenderen Familien haben häufig im Schulalltag darunter zu leiden, dass sie sich nicht die aktuelle Markenkleidung leisten können.

7) Nationalhymne

Die Junge Alternative Berlin setzt sich dafür ein, dass die deutsche Nationalhymne an Berliner Schulen, vor Unterrichtsbeginn gesungen wird. Dies stellt eine integrationsfördernde Maßnahme dar und vermittelt den Schülerinnen und Schülern ein Gefühl für unsere gemeinsamen Werte wie „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Sie stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Klassengemeinschaft und fördert ein positives Verständnis für das eigene Land. In anderen demokratischen Ländern wie z.B. der USA ist dies bereits alltäglich.

8) Berliner Schulolympiade

Der Berliner Senat wird aufgefordert neben den Bundesjugendspielen eine Schulolympiade in Berlin zu veranstalten, in der sich die Schulen gegenseitig messen und sich in ihren sportlichen Leistungen übertrumpfen können.

2. Ideologiefreie Bildung

1) Bildungspolitische Neutralität

Die Junge Alternative Berlin setzt sich für die politische Neutralität von Schulen ein. Bildungspläne (wie z.B. zur sexuellen Vielfalt) dürfen nicht von meist ideologisch motivierten Politikern vorgegeben werden. Die Bundesländer haben dafür zu sorgen, dass Fachexperten und Fachpädagogen im Zusammenspiel mit Bildungsexperten und Eltern die Lehrinhalte vor Ort festsetzen und regelmäßig anpassen. Auch in der Bildung gilt das Subsidiaritätsprinzip.

2) Interkulturelle Kompetenz Die an den Schulen und Universitäten gelehrt "Interkulturelle Kompetenz" zielt zu sehr auf die Überhöhung des Fremden bei gleichzeitiger Niedrigschätzung des Eigenen ab. Die Junge Alternative Berlin setzt sich für ein Kennenlernen der Kulturen auf Augenhöhe ein. In den Berliner Lehrplänen ist dies mit zu berücksichtigen.

3. Frühsexualisierung

1) Vorrang der Eltern

Hinsichtlich der sexuellen Aufklärung gilt der Grundsatz des Vorrangs des Elternrechtes. Sie bestimmen Zeitpunkt, Umfang und die Art der Aufklärung. Die schulische Sexualerziehung sollte sich auf ein notwendiges Minimum beschränken.

2) Sexualkundeunterricht

Der Sexualkundeunterricht an Berliner Schulen soll sich darauf beschränken, dass die Kinder über das Zustandekommen menschlichen Lebens - um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden - sowie über die Gefahren von Krankheiten und Schutzmöglichkeiten beim Geschlechtsverkehr aufgeklärt werden.

Die Aufklärung über verschiedene Sexualpraktiken, sexuelle Wünsche oder sexuelle Orientierungen außerhalb des gesellschaftlichen Leitbildes der Heterosexualität obliegen weiterhin dem Elternhaus und nicht der Schule im Sexualkundeunterricht. Eine geforderte Akzeptanz bzw. Toleranz anderer Lebensentwürfe und Lebensweisen kann auch alternativ im Ethik- und Sozialkundeunterricht vorgenommen werden. Eine kindliche Frühsexualisierung lehnen wir hingegen ab. Die Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien sind dementsprechend anzupassen.

4. Hochschulpolitik

1) Nachgelagerte Studiengebühren

Die Junge Alternative Berlin steht uneingeschränkt dafür ein, dass qualifizierten jungen Menschen unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund bzw. dem ihrer Familie der Zugang zur Hochschulbildung offenstehen muss. Sie erkennt, dass viele Studiengebührenmodelle – etwa in manchen angelsächsischen Ländern – eine abschreckende und zuweilen schädigende Wirkung auf finanziell Schlechtergestellte haben und lehnt derartige Modelle deshalb ab. Aus Sicht der Jungen Alternative Berlin müsste ein gerechtes Studiengebührensicherstellungssystem sicherstellen, dass Studenten sich nicht in untragbarer Weise verschulden, dass über nachgelagerte Finanzierungsmodelle Gebühren effektiv erst nach Eintritt in das Erwerbsleben und auf Grundlage hinreichenden Einkommens fällig werden und dass Gebühren durch zielgerichtete leistungs- oder bedarfsabhängige Stipendiensysteme flankiert werden.

2) Wiedereinführung des Diploms

Den Universitäten muss die Möglichkeit gegeben werden, neben den neu eingeführten Bachelor und Master- Studiengängen auch zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen zurückzukehren.

3) Keine Massenuniversitäten

Von einer undifferenzierten, politisch verordneten Erhöhung der Akademikerquote in Deutschland ist abzusehen. Deren Folgen, z.B. die noch größere Massenuniversität, lehnt die Junge Alternative Berlin ab. Sie setzt sich dagegen für ein angemessenes Niveau und die Verstärkung des universitären Lehrpersonals ein.

4) Ausbau des ERASMUS Programms

Das ERASMUS-Programm für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport soll weiter ausgebaut werden. Die Junge Alternative Berlin unterstützt Anstrengungen, den europäischen Austausch im Rahmen von Jugendverbänden und -gruppen finanziell und organisatorisch zu fördern.

5. Gender Mainstreaming

1) Bekenntnis zu den Geschlechtern und zur Gleichberechtigung

Die Junge Alternative Berlin bekennt sich zu den Geschlechtern von Mann und Frau und erkennt deren Unterschiede und Individualität an. Kostspielige und ideologisch bedingte Projekte, wie z.B. die Schaffung von Unisextoiletten in öffentlichen Gebäuden lehnen wir ab.

Die Junge Alternative Berlin bekennt sich zur Gleichberechtigung, wie sie in unserem Grundgesetz in Art. 3 Absatz 2 festgeschrieben und in weiten Teilen unserer Gesetzgebung bereits verankert ist. Mann und Frau sollen sich stets auf Augenhöhe begegnen können. Der Staat hat darüber zu wachen, dass Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts unterbleiben und das Betroffene, egal ob Mann oder Frau, Zugang zu Anlaufstellen zur Rechtsberatung erhalten. Die Schaffung von öffentlichen Stellen mit „Frauenbeauftragten“ und „Geschlechterquoten“ lehnen wir hingegen ab.

2) Einstellung der Fördergelder

Alle staatlichen und teilstaatlichen Förderungen für Forschung im Bereich "Gender Studies" sind mit sofortiger Wirkung einzustellen. An staatlichen Universitäten sind sämtliche Studiengänge der Geschlechterstudien abzuschaffen. Es handelt sich dabei nicht um eine „Wissenschaft“ sondern klar um eine Ideologie und Pseudowissenschaft.

6. Deutsche Kultur

1) Fördergelder

Im Bereich der staatlichen Kulturförderung ist der Schwerpunkt auf deutsche Kultur der Gegenwart und der Vergangenheit zu legen. Die exklusive Förderung von drei Opernhäusern in Berlin ist aufgrund der schwierigen Haushaltslage und des nur kleinen Publikumskreises vorerst auf ein Opernhaus zu reduzieren.

2) Straßennamen

Die Junge Alternative lehnt eine ideologisch begründete, auf Dekonstruktion ausgerichtete Kulturpolitik ab und setzt sich für die Stärkung von Erinnerungskultur ein. Geschichte muss auch im Stadtbild präsent sein, um sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen. Das Umbenennen von Straßen oder Plätzen sowie das Entfernen von Denkmälern aus ideologischen Gründen werden daher abgelehnt.

3) Denkmalschutz

Der Denkmalschutz ist zu stärken und traditionelle Architektur zu erhalten. Im Zweifel soll ein Volksentscheid der Bürger des betreffenden Bezirkes durchgeführt und direktdemokratisch über solcherlei Eingriffe in den Charakter eines Ortes entschieden werden.

4) Denkmalschutz für die Berliner Mauer

Die Junge Alternative fordert, dass die Berliner Mauer an der „East-side-gallery“ unter Denkmalschutz gestellt wird.

XI. Gesundheitspolitik

1. Reform der gesetzlichen Krankenversicherung - Ausbau der privaten Zusatzkrankenversicherungen

Die Anzahl der gesetzlichen Krankenversicherungen muss weiter reduziert werden.

Aus unserer Sicht reichen wenige "Großkrankenversicherungen" aus, um eine effiziente Patientenversorgung sicherzustellen, bei gleichzeitigem Bürokratieabbau. Darüber hinaus kann die Einführung einer Basisversicherung nach niederländischem Vorbild erwogen werden, mit der zunächst alle Leistungen der Akutversorgung abgesichert werden.

Private Zusatzkrankenversicherungen werben mit ihrem unterschiedlichen Leistungsangebot nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft. Jedem Versicherten steht es frei aus dem Angebot der privaten Zusatzversicherungen individuell passende Versicherungsoptionen auszuwählen, die über die Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hinausgehen.

2. Erhalt der freien Arztwahl

Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient muss auf Vertrauen beruhen. Jeder Versicherte muss das Recht behalten den behandelnden Arzt frei auswählen zu können. Dies gilt bei planbaren Behandlungen und Operationen. Ausgenommen sind notfallmedizinische Interventionen.

3. Einführung personeller Mindeststandards im stationären Bereich

Personalmindeststandards in Krankenhäusern - ähnlich wie in der Luftfahrt. Das Fallpauschalensystem hat dazu geführt, dass in den Krankenhäusern in gefährlicher Weise am Pflegepersonal gespart wird. Ferner sind Anreize für eine übermäßige Vermehrung bestimmter Operationen entstanden, nach dem Prinzip: Mehr Operationen- Mehr Geld.

4. Kostenbegrenzung bei Markteinführung neuer Medikamente

Preise dürfen nicht von der Pharmaindustrie diktiert werden. Wir begrüßen daher, dass neue Medikamente vor der Einführung als Kassenleistung einer strengen Bewertung des Nutzens für die Patienten unterzogen werden.

XII. Umwelt- und Verbraucherschutz

1. Tierschutz

1) Neues Tierschutzgesetz

Der Fleischkonsum einer modernen Gesellschaft ist rapide gestiegen. Die Junge Alternative Berlin lehnt aber erzieherische Maßnahmen, wie z.B. einen „Veggie Day“, entschieden ab. Dennoch sollte auch einer modernen Gesellschaft der Wert von Fleisch bewusst sein. Tierische Produkte zu Dumpingpreisen sind ohne leidende Tiere nicht zu erreichen. Die Junge Alternative Berlin fordert daher das Staatsziel Tierschutz mit einer Neufassung des Tierschutzgesetzes umzusetzen:

- In der Landwirtschaft darf es u. a. keine Qualzucht, Engaufstallung und Verstümmelung von Tieren mehr geben. Die Leiden bei Transport und Schlachtung sind ebenso zu unterbinden wie das geschlechtsspezifische Töten (z. B. von männlichen Eintagsküken) oder Massentötungen zur sog. Marktbereinigung (z. B. wenn einzelne Tiere an der Schweinepest erkranken).
- Den Tierschutzbehörden müssen mehr Rechte und Pflichten zugewiesen werden, damit zum Beispiel in Fällen des „Animal Hoarding“ (Tiersammelsucht) schnell und frühzeitig eingeschritten wird. - Die Kostenerstattung für die Versorgung von Fund- und herrenlosen Tieren in den Tierheimen muss verbindlich geregelt und die finanzielle Ausstattung des karitativen Tierschutzes insgesamt als Verpflichtung im Tierschutzgesetz festgeschrieben werden.
- Zur Umsetzung der EU-Versuchstierrichtlinie vom September 2010 ist ein neues, separates Gesetz zum Schutz von Tieren, die in Versuchen eingesetzt werden, erforderlich. Nur so können alle Möglichkeiten genutzt werden, die das EU-Recht lässt, um Affenversuche oder Eingriffe an Tieren, die zu schwerem Leiden führen, sofort zu unterbinden.

2) Jäger sind Naturschützer

Die Jagt stellt einen wichtigen Faktor im Natur- und Artenschutz dar. Nur wer Lebensräume gestaltet, kann ihre natürlichen Ressourcen auch nachhaltig nutzen. Das Bundesjagdgesetz hält Schutz und Nutzung unter dem Begriff „Hege“ fest, den man heute mit „Erhalt und Pflege“ von Tierbeständen übersetzen könnte. Pläne die Jagt in Naturschutzgebieten zu untersagen, wird von der Jungen Alternative Berlin abgelehnt.

2. Grundsatz der Nachhaltigkeit

Umweltschutz ist in seinem Kern nach ein urkonservatives Thema. Ökonomisches Wachstum muss in Einklang mit ökologischen und sozialen Aspekten stehen. Die Nachhaltigkeit ist hierbei ein Handlungsprinzip zur Ressourcen-Nutzung, bei dem die Bewahrung der wesentlichen Eigenschaften, der Stabilität und der natürlichen Regenerationsfähigkeit des jeweiligen Systems im Vordergrund steht. Dieser Grundsatz ist auf sämtliche Umweltfragen anzuwenden.

Eine Ideologische oder von grünen Lobbyinteressen getragene Umweltpolitik lehnt die Junge Alternative Berlin hingegen ab.

3. Verbraucherschutz

1) TTIP & CETA

Freier Handel ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstandes. Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelten Freihandelsabkommen zielen jedoch auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards und der Kulturpolitik. Daher lehnt die Junge Alternative Berlin diese Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada ab. Ein einfaches Abkommen über den Wegfall der Zollschränken halten wir für ausreichend. Ein Investorenschutz, der nationale Parlamente in ihrer Entscheidungsfreiheit einschränkt, ist dafür nicht erforderlich.

2) Ampel Kennzeichnungspflicht

Die Junge Alternative fordert eine Kennzeichnungspflicht auf Lebensmittelverpackungen, welche leicht verständlich den Gehalt an gesundheitsrelevanten Nährstoffen signalisieren, wie z. B. an Fetten, gesättigten Fettsäuren, Zucker und Salz.

XIII. Arbeit und Soziales

1) Sozial ist, was Arbeit schafft

Vollbeschäftigung sollte das oberste Ziel eines jeden Landes sein. Die Aussicht auf Gehaltserhöhungen und beruflichen Aufstieg müssen gewahrt bleiben. Leistung muss sich wieder lohnen. Lohndumping und ein Missbrauch der Leiharbeit muss nach Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, durch angemessene gesetzliche Schutzbestimmungen unterbunden werden.

2) Wohnungsmangel in Berlin

Berlin benötigt mehr Wohnraum. Nur wenn der Markt an Wohnungen gesättigt ist, werden nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen, die Mietpreise auf lange Sicht wieder sinken. Mietpreisbremsen sind kein probates Mittel um den Mangel an Wohnraum zu kompensieren. Die Junge Alternative Berlin fordert daher neue Bebauungspläne für Berlin, in denen verstärkt Wohngebiete ausgewiesen werden. Zudem muss in einigen Stadtgebieten die Traufhöhe für Gebäude erhöht werden. Neben der aktiven Werbung privater Investoren, ist auch der soziale Wohnungsbau wieder verstärkt zu forcieren.